

**11**

10. November 1997 · 17. Jahrgang,  
S. 262 – 287 · ISSN 1430-550 X

**Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe**

## INHALT

### **GI Aktuell**

Seite 262

### **GI Leitsätze**

Seite 262, 279

### **Fristenkontrolle**

Büroorganisation · Mitteilung des Gerichts · Fehlerhafte Eintragung im Fristenbuch · Schriftliche Nachricht des Gerichts  
(BGH, Beschl. v. 24. 4. 1997 – 9 ZB 29/97)

Seite 263

### **Grundstücksübertragung / DDR**

Zusammenhang mit Ausreise · Vorrang des Vermögensgesetzes · Restitutionsstatbestand (§§ 1 Abs. 3, 3 VermG)  
(BGH, Ur. v. 13. 12. 1996 – V ZR 134/95)

Seite 264

### **Anwaltschaftung**

Belehrung über drohende Verjährung · Pflicht zur Klageeinreichung?  
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 7. 12. 1995 – 10 U 172/93)

Seite 267

### **Steuerberaterhaftung**

Belehrungspflichten · Familienvertrag · Vertragsgestaltung · Prüfungspflichten  
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 5. 12. 1996 – 13 U 247/95)

Seite 268

### **Steuerberaterhaftung**

Schadenschätzung · Klageverfahren oder tatsächliche Verständigung?  
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 7. 12. 1995 – 13 U 196/94)

Seite 269

### **Honoraranspruch des Steuerberaters**

Rechtskraft · Honorar nach Kündigung des Dienstvertrages  
(OLG Düsseldorf, Ur. v. 20. 7. 1996 – 13 U 101/95)

Seite 274

### **Berichtigung bestandskräftiger Steuerbescheide, § 173 Abs. 1 Nr. 1 AO**

Grobes Verschulden · Belegablage des Steuerpflichtigen · Fehlende Aufklärung des Steuerberaters  
(FG Hamburg, Ur. v. 27. 5. 1997 – V 117/94, rkr.)

Seite 276

### **GI Hinweise**

Seite 280



**Jetzt auf CD-ROM: Der Mandatsvertrag.**  
Die elektronische GI-Gesamtausgabe 1980 – 1997

## GI Aktuell

### Steuerlicher Kinderlastenausgleich 1987, 1988 und 1991 bei zwei Kindern verfassungsgemäß

Der **Bundesfinanzhof** hat durch drei Urteile vom 22.7.1997 entschieden, daß der steuerliche Kinderlastenausgleich in den Jahren 1987 (Az. VI R 121/90), 1988 (Az. VI R 147/90) und 1991 (Az. VI R 114/96) für Eltern mit zwei Kindern und einem Anspruch auf das auf den Sockelbetrag geminderte Kindergeld verfassungsgemäß ist.

Nach der Rechtsprechung des **Bundesverfassungsgerichts** ist der steuerliche Kinderlastenausgleich nur dann mit Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes vereinbar, wenn die Unterhaltsaufwendungen für Kinder des Steuerpflichtigen mindestens in dem Umfang als beststeuerbares Einkommen außer Betracht bleiben, in dem sie zur Gewährleistung des Existenzminimums der Kinder erforderlich sind. Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs hat zwar Zweifel geäußert, ob diesem Erfordernis in den betreffenden Jahren genügt gewesen sei. Denn nach dem derzeitigen Stand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sei noch unsicher, wie das für steuerliche Zwecke maßgebliche Existenzminimum im einzelnen zu ermitteln und welcher Einschätzungsspielraum dem Gesetzgeber einzuräumen sei.

**Bloße Zweifel des Fachgerichts** reichten aber nicht aus, um gesetzliche Regelungen im konkreten Fall nicht anzuwenden und sie dem Bundesverfassungsgericht gemäß Art. 100 Abs. 1 des Grundgesetzes zur Prüfung auf ihre Verfassungsmäßigkeit vorzulegen. Dazu wäre nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vielmehr die Überzeugung des Fachgerichts von der Verfassungswidrigkeit der gesetzlichen Regelungen erforderlich. Diese Überzeugung habe der Senat angesichts der bestehenden Unsicherheiten aber nicht gewinnen können.

Die Urteile werden demnächst veröffentlicht werden.

(Pressemitteilung d. BFH v. 25.9.1997, Nr. 13)

## GI Leitsätze

### Anwaltshaftung / Prozeßvergleich / Geschäftsunfähigkeit

1. Begehrt eine Partei von ihrem Anwalt Schadenersatz mit der Begründung, dieser habe einen ihr nachteiligen Vergleich in einer Scheidungsfolgesache abgeschlossen, sie selbst sei zwar anwesend, aber geschäftsunfähig gewesen, so fehlt es an der schlüssigen Darlegung eines Schadens, solange die Partei nicht darlegen kann, daß sie die Unwirksamkeit des Vergleichs durch Fortsetzung des alten Verfahrens geltend gemacht hat.

2. Zur Eigenhaftung des amtlich bestellten Vertreters.

(OLG Köln, Urt. v. 26.8.1996 – 19 U 219/95, VersR 1997, 619)

### Steuerhinterziehung / Umsatzsteuer / Hinterziehungsschaden

Bei der Nichtabgabe gesetzlich vorgeschriebener monatlicher Umsatzsteuervoranmeldungen beschränkt sich der dem Fiskus entstandene Hinterziehungsschaden auf den Zinsverlust. Die Hinterziehung des vollen, in den Rechnungen ausgewiesenen Umsatzsteuerbetrages auf Dauer wird erst durch die Nichtabgabe der Jahressteuererklärung bewirkt (Leitsatz nicht amtlich).

(BGH, Beschl. v. 4.2.1997 – 5 StR 680/96, wistra 1997, 186)

### Familienvertrag / Grundstücksübertragung / Rückanmietung

Es ist nicht rechtsmißbräuchlich, wenn eine 64 Jahre alte Mutter ein Einfamilienhaus ihrem Sohn verkauft, die Kaufpreisforderung ohne eine Tilgungsvereinbarung stundet, sie durch eine Hypothek sichern und ferner verzinsen läßt und der Sohn ihr das übertragene Haus auf 30 Jahre vermietet.

(BFH, Urt. v. 26.11.1996 – IX R 51/94, BFH/NV 1997, 404)

## Fristenkontrolle

- Büroorganisation
- Mitteilung des Gerichts
- Fehlerhafte Eintragung im Fristenbuch
- Schriftliche Nachricht des Gerichts  
(BGH, Beschl. v. 24.4.1997 – 9 ZB 29/97)

### Leitsatz:

**Der Rechtsanwalt muß durch büroorganisatorische Maßnahmen sicherstellen, daß die aufgrund einer mündlichen Mitteilung des Gerichts, die Berufungsfrist sei verlängert worden, die vorgenommene Eintragung im Fristenbuch mit der später eingehenden schriftlichen gerichtlichen Nachricht vergleichen und gegebenenfalls berichtigt wird.**

### Aus den Gründen:

I. Der Kläger nimmt den Beklagten auf Zahlung von Rechtsanwaltsgebühren in Anspruch. Das Landgericht hat der Klage in Höhe von 41.060,28 DM stattgegeben. Gegen dieses Urteil hat der Beklagte fristgerecht am 7.11.1996 Berufung eingelegt. Mit Schriftsatz seines Prozeßbevollmächtigten vom 21.11.1996 beantragte er Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist bis zum 7.1.1997, die ihm durch Verfügung des Vorsitzenden vom 28.11.1996 gewährt wurde. Die Berufungsbegründung ging jedoch erst am 9.1.1997 bei Gericht ein. Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die sofortige Beschwerde des Beklagten.

II. Das gemäß § 519b Abs. 2 ZPO zulässige Rechtsmittel hat in der Sache keinen Erfolg.

1. Der Beklagte hat zur Begründung seines Wiedereinsetzungsgesuchs vorgetragen: Im Fristenbuch seines Prozeßbevollmächtigten seien der Ablauf der Berufungsbegründungsfrist am (Montag) 9.12.1996 und eine Vorfrist am 29.11.1996 eingetragen gewesen. Am 29. November habe dem Prozeßbevollmächtigten noch keine Entscheidung über den Verlänge-

rungsantrag vorgelegen. Daher habe er bei der Geschäftsstelle angerufen, die ihm die Fristverlängerung telefonisch bestätigt habe. Dies habe er seiner das Fristenbuch führenden Angestellten mitgeteilt und sie angewiesen, das Fristende zum 7.1.1997 einzutragen. Diese habe jedoch, obwohl erfahren und zuverlässig, den 9.1.1997 (einen Monat nach Ablauf der ursprünglich eingetragenen Frist) als Tag des Fristablaufs vermerkt. Aus diesem Grunde sei die Berufungsbegründung erst am 9.1.1997 fertiggestellt und bei Gericht abgegeben worden.

2. Dieses Vorbringen ist nicht geeignet, ein eigenes Verschulden des Beklagten an der Fristversäumung auszuschließen.

Nach der Rechtsprechung des Senats (*Beschl. v. 9.12.1993 – IX ZB 70/93, NJW 1994, 458*) **muß der Rechtsanwalt durch büroorganisatorische Maßnahmen sicherstellen, daß die vor Einlegung der Berufung im Fristenkalender eingetragene Begründungsfrist bei Eingang der gerichtlichen Mitteilung über das Eingangsdatum der Berufungsschrift überprüft und nötigenfalls berichtigt wird.** Dies gilt auch dann, wenn der Anwalt die konkrete Anweisung erteilt hatte, die Berufung am letzten Tag der Frist einzulegen. Maßgebend dafür ist die Erwägung, daß eine fehlerhafte Eintragung des Fristenlaufs erst dann hinreichend sicher ausgeschlossen werden kann, wenn sie mit der gerichtlichen Mitteilung über den Eingang der Berufungsschrift verglichen wird.

Erkundigt sich der Anwalt telefonisch bei Gericht, ob die Begründungsfrist verlängert wurde, und gibt er die entsprechende Nachricht mündlich an sein Büropersonal weiter, läßt sich eine fehlerhafte Eintragung im Fristenkalender aufgrund eines Übermittlungsversehens oder eines Mißverständnisses ebenfalls nicht hinreichend ausschließen. **Daher ist es notwendig, das Kanzleipersonal anzuweisen, die schriftliche gerichtliche Mitteilung über die Fristverlängerung mit der im Fristenbuch vorgenommenen Eintragung zu vergleichen.** Dem Anwalt, der es versäumt, eine entsprechende Anordnung zu erteilen, fällt ein **Organisationsverschulden** zur Last. Der Beklagte behauptet nicht, daß im Büro seines Prozeßbevollmächtigten Vorkehrungen zur Vermeidung eines Fehlers, wie er hier aufgetreten ist, erfolgt waren.

## Grundstücksübertragung / DDR

- Zusammenhang mit Ausreise
- Vorrang des Vermögensgesetzes
- Restitutionstatbestand  
(§§ 1 Abs. 3, 3 VermG)  
(BGH, Urt. v. 13.12.1996 – V ZR 134/95)

### Leitsatz:

**Die Beurkundung eines Grundstücksübertragungsvertrages durch einen Notar der DDR, der als Rechtsanwalt in einer Ausreiseangelegenheit beauftragt war, steht in engem inneren Zusammenhang mit dem vom Vermögensgesetz tatbestandlich erfaßten Unrecht, soweit die Grundstücksübertragung zur Voraussetzung der Ausreisegenehmigung gemacht wurde. Zivilrechtliche Ansprüche wegen Mängeln der Beurkundung sind alleine insoweit nicht ausgeschlossen, wie die Mängel als hiervon unabhängig erscheinen.**

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger war Bürger der DDR. Anfang 1984 stellte er einen Antrag auf Ausreise. Nachdem dieser abgelehnt worden war, wandte er sich mit dem Ziel, die Ausreise doch genehmigt zu erhalten, an den Rechtsanwalt und Notar Prof. Dr. V. Dieser teilte dem Kläger einige Zeit später mit, er könne mit der Genehmigung rechnen, müsse aber vorher sein Hausgrundstück in B.-B. an einen von dritter Seite bestimmten Käufer veräußern. Hierüber kam er in Kontakt mit den Beklagten.

Durch von Prof. Dr. V. beurkundeten Vertrag vom 5.11.1984 verkaufte der Kläger das Grundstück zum Preis von 83.300 M/DDR an die Beklagten. Zur Bezahlung des Kaufpreises waren die Beklagten aus vorhandenen Mitteln nur in Höhe von 22.000 M/DDR in der Lage. In Höhe von 32.987,83 M/DDR leisteten sie Zahlung aus einem von ihnen bei der Sparkasse der Stadt B. aufgenommenen Darlehen, das durch eine Aufbauhypothek am Grundstück gesichert

wurde. Der Restbetrag von 26.312,17 M/DDR wurde dadurch ausgeglichen, daß die Beklagten vertragsgemäß die Verpflichtung des Klägers zur Rückzahlung eines in dieser Höhe valutierenden, ebenfalls durch Aufbauhypothek gesicherten Darlehens übernahmen.

Der Kläger erhielt die Ausreisegenehmigung. Die Beklagten bezahlten den an den Kläger zu leistenden Teil des Kaufpreises und wurden als Eigentümer in das Grundbuch eingetragen. Auf beide Darlehensverbindlichkeiten leisteten sie in der Folgezeit Zahlungen; das von ihnen aufgenommene Darlehen valuiert noch mit 13.245,34 DM.

Der Kläger macht die Nichtigkeit des Vertrages vom 5.11.1984 geltend. Mit der Klage hat er die Verurteilung der Beklagten zur Zustimmung der Berichtigung des Grundbuchs, Räumung und Herausgabe von Haus und Grundstück und Beseitigung der eingetragenen Belastungen begehrt. Das Landgericht hat der Klage stattgegeben, soweit der Kläger Zustimmung zur Grundbuchberichtigung, Räumung und Herausgabe verlangt hat, im übrigen hat es die Klage abgewiesen.

Auf die Berufung der Beklagten hat das Oberlandesgericht die Klage in vollem Umfang abgewiesen und die Anschlußberufung des Klägers zurückgewiesen, mit der er die Verurteilung der Beklagten zur Befriedigung der Sparkasse der Stadt B. wegen der restlichen Forderung aus dem von ihnen aufgenommenen Darlehen begehrt hat. Mit der Revision erstrebt der Kläger die Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils, soweit dieses der Klage stattgegeben hat, und die Verurteilung der Beklagten zur Zahlung an die Sparkasse.

### Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt: § 15 Abs. 1 Nr. 4 NotG/DDR stehe der Wirksamkeit der Beurkundung des Vertrages vom 5.11.1984 durch Prof. Dr. V. nicht entgegen. Soweit der Kläger zur Nichtigkeit des Vertrages weiter geltend mache, dieser sei entgegen dem Wortlaut der Vertragsurkunde nicht in Anwesenheit beider Vertragsparteien geschlossen worden, sei sein

Vorbringen als verspätet zurückzuweisen. Sei der Vertrag vom 5.11.1984 wirksam, fehle dem Begehren des Klägers eine Grundlage, die Beklagten zur Zahlung an die Sparkasse zu verurteilen.

Die Revision des Klägers hat keinen Erfolg.

## II.

1. Die Zulässigkeit des vom Kläger beschrittenen **Rechtswegs zu den Zivilgerichten** ist gegenüber dem Landgericht nicht gerügt worden, dieses hat sie stillschweigend bejaht. Damit ist die Frage, ob für die vom Kläger geltend gemachten Ansprüche der Rechtsweg zu den Zivilgerichten eröffnet ist (§ 13 GVG) oder ob das Vermögensgesetz hierfür die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte begründet (vgl. *Senatsurteil in BGHZ 118, 34*), im Revisionsrechtszug nicht mehr zu prüfen (§ 17a Abs. 5 GVG).

2. Ob Prof. Dr. V. aufgrund des ihm vom Kläger erteilten Mandats gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 4 NotG/DDR von der nach § 297 Abs. 1 Satz 2 ZGB notwendigen Beurkundung des Vertrages vom 5.11.1984 mit der Folge der Nichtigkeit gemäß §§ 23 NotG/DDR, 66 Abs. 2 ZGB verwehrt war, ist für die Entscheidung des Rechtsstreits ohne Bedeutung. Aus so begründeter Nichtigkeit des Vertrages folgende Ansprüche des Klägers sind durch den Vorrang des Vermögensgesetzes ausgeschlossen.

**Der Kläger hat geltend gemacht, den Vertrag vom 5.11.1984 mit den Beklagten geschlossen zu haben, um die von ihm begehrte Ausreisegenehmigung zu erhalten. Dies erfüllt den Restitutionsstatbestand unlauterer Machenschaften (§§ 1 Abs. 3, 3 VermG).** Der auf diesen Vorschriften beruhende **Restitutionsanspruch geht zivilrechtlichen Ansprüchen vor**, die aus unlauteren Machenschaften resultieren können (*BGHZ 118, 34; 122, 204, 207*). Dies begründet eine von Amts wegen zu berücksichtigende Einwendung (*BGHZ 122, 204, 211; 130, 231, 235; Tropf, WM 1994, 89, 96*). Sie steht allen zivilrechtlichen Ansprüchen entgegen, die aus einer Unwirksamkeit des Erwerbsvorgangs folgen, wenn diese bei wertender Betrachtung in engem inneren Zusammenhang mit der Unrechtsmaßnahme steht

und den Mangel als Teil des der staatlichen Machtentfaltung innewohnenden Unrechts erscheinen läßt (*BGHZ 130, 231, 237*).

Anders ist es, soweit in dem geltend gemachten Mangel sich lediglich das allgemeine Risiko des Rechtsverkehrs der DDR verwirklicht hat (*BGHZ 123, 58, 61; 125, 125, 127; BVerwG, ZIP 1995, 415, 418*) und damit für eine Beschränkung des Anspruchs des von der Unrechtsmaßnahme Betroffenen unter dem Gesichtspunkt eines sozialverträglichen Ausgleichs gemäß § 4 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2, 3 VermG kein Anlaß besteht (*Senatsurt. v. 7.5.1993 – V ZR 99/92, WM 1993, 1291; BGHZ 123, 58, 61; 125, 125, 127*).

Der vom Kläger wegen der Beurkundung des Vertrages durch Prof. Dr. V. geltend gemachte Nichtigkeitsgrund steht in engem inneren Zusammenhang mit dem ihm abgenötigten Verkauf des Grundstücks. Bei wertender Betrachtung erscheint die beurkundende Tätigkeit von Prof. Dr. V. als Bestandteil der staatlichen Unrechtsmaßnahme.

Schriftliche Vorschriften, die die Veräußerung des Grundeigentums zur Voraussetzung einer Ausreise aus der DDR machten, sind nicht bekannt geworden (vgl. *Anordnung Nr. 175/88 des Ministers des Innern; wiedergegeben in „Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger“, BAnz 1992, Beilage Nr. 138 a, S. 578 ff*). Trotzdem **wurde eine Ausreisegenehmigung nicht erteilt, solange der Antragsteller Grundeigentum in der DDR hatte** (*Fieberg / Reichenbach / Neuhaus, Vermögensgesetz, Loseblatt-Kommentar, § 1 Rdn. 119*).

Wurde die beantragte Ausreisegenehmigung abgelehnt, war die Inanspruchnahme eines der wenigen Rechtsanwälte in der DDR, die gleichzeitig mit dem Amt eines Notars betraut waren (*Göhring, NJ 1995, 433, 434*), zur Erlangung der zur Ausreise notwendigen Erlaubnis in der DDR verbreitet. Für die Behörden der DDR bedeutete sie eine Kanalisierung und erleichterte die Kontrolle der Ausreisearträge. Die Beleihung mit dem Amt des Notars ermöglichte es, die tatsächlich verlangten Grundstücksübertragungen zügig herbeizuführen und die Erwerber des Grundeigentums auszuwählen. **Die Ver-**

**quickung des zur Erreichung der Ausreisegenehmigung erteilten Mandats mit dem zur zivilrechtlichen Wirksamkeit notwendigen staatlichen Akt notarieller Beurkundung der Veräußerungsverträge in der Hand eines Rechtsanwalts und Notars war typisch**, wie die Vielzahl der hierzu veröffentlichten Entscheidungen und eine Mehrzahl beim Senat anhängiger Verfahren zeigen (vgl. BGHZ 120, 198; KG, DtZ 1992, 298; KrG Prenzlau, ZOV 1993, 273; OLG Naumburg, NJ 1995, 91).

Die Tätigkeit von Prof. Dr. V. als Notar erscheint bei wertender Betrachtung als Bestandteil der gegenüber dem Kläger begangenen Unrechtsmaßnahme. Sie war den Behörden der DDR bekannt; ein Wirksamkeitshindernis wurde von ihnen in der Beauftragung von Prof. Dr. V. mit der Erwirkung der Ausreisegenehmigung nicht gesehen (Göhring, NJ 1995, 433, 434). Ohne die eingetretene Änderung der politischen Verhältnisse hätte der Kläger die von ihm aus der Tätigkeit von Prof. Dr. V. als Notar hergeleitete Unwirksamkeit des Vertrages vom 5.11.1984 vor den Gerichten der DDR nicht mit Aussicht auf Erfolg geltend machen können. Umgekehrt war die Rechtsposition der Beklagten als Erwerber des Grundstücks aus diesem Grunde im intakten System des Sozialismus nicht gefährdet. **Erst die Änderung der politischen Verhältnisse eröffnete bei realitätsnaher Betrachtung dem Kläger die Möglichkeit, sich auf den im Zusammenhang mit der Unrechtsmaßnahme stehenden von ihm geltend gemachten Beurkundungsmangel zu berufen** (vgl. BGHZ 130, 231, 239; Senatsurt. v. 17.3.1995 – V ZR 100/93, ZIP 1995, 1048, 1052). Damit ist die Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche aus dem insoweit vom Kläger geltend gemachten Beurkundungsmangel ausgeschlossen.

3. Anders verhielte es sich, sofern die vom Kläger behauptete **Abwesenheit** der Beklagten **bei der Notariatsverhandlung** zur Nichtigkeit des Vertrages vom 5.11.1984 führte, wie die Revision geltend macht. Ein derart begründeter Mangel stünde bei wertender Betrachtung nicht in engem inneren Zusammenhang mit der Unrechtsmaßnahme gegen den Kläger, sondern wäre Risiko des allgemeinen Rechtsverkehrs. Der Vorrang des Vermögensgesetzes und der allein nach diesem mögliche Schutz der Be-

klagten durch die Regelungen des § 4 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2, 3 VermG griffe nicht Platz. Die Richtigkeit der Behauptung des Klägers kann indessen dahingestellt bleiben. **Der Vertrag vom 5.11.1984 ist auch dann wirksam beurkundet, wenn die Urkunde nicht bei gleichzeitiger Anwesenheit der Vertragsparteien errichtet worden ist und die Niederschrift entgegen dem Wortlaut der Urkunde nicht vom Notar verlesen wurde.** Die Beurkundung erfolgte nach § 19 Abs. 1 NotG/DDR durch Niederschrift. Diese hatte nach § 19 Abs. 2 Satz 1 NotG/DDR den Namen des Notars, Ort und Datum der Beurkundung, die Namen der Beteiligten, ihre Erklärungen und Unterschriften sowie die Unterschrift des Notars zu enthalten. Diesen Anforderungen genügt die Urkunde vom 5.11.1984. Ein Verlesen der Niederschrift war nicht erforderlich. § 19 Abs. 2 Satz 2 NotG/DDR ließ es vielmehr zu, die Niederschrift den Beteiligten zur Durchsicht vorzulegen, statt sie zu verlesen. Das hat der Notar nach dem Vorbringen des Klägers getan. Unzutreffende Angaben in der Urkunde hierzu lassen ihre Wirksamkeit unberührt (vgl. RGZ 74, 421, 425).

Gleichzeitige Anwesenheit der Vertragsparteien in der Notariatsverhandlung war nach § 297 Abs. 1 ZGB nicht Voraussetzung der Wirksamkeit des Vertrages. Die Beurkundung der Erklärungen der Vertragsparteien konnte daher gemäß § 67 Abs. 1 ZGB dadurch erfolgen, daß der Notar die Erklärung des Klägers in die Niederschrift aufnahm, diese später den Beklagten vorlas oder zur Durchsicht vorlegte, auch sie die Erklärung unterzeichnen ließ und nunmehr seine Unterschrift den Erklärungen beider Vertragsparteien beifügte (vgl. RGZ 69, 130, 132). § 19 Abs. 2 NotG/DDR kann nicht entnommen werden, daß die Beurkundung von Vertragserklärungen nicht in dieser zu §§ 173 ff FGG anerkannten Weise (Schlegelberger, FGG 6. Aufl., § 175 Rdn. 5) erfolgen durfte (vgl. zum Beurkundungsgesetz Keidel/Kuntze/Winkler, FGG 12. Aufl., § 8 BeurkG Rdn. 7; Jansen, FGG, § 8 BeurkG Rdn. 8; Huhn/v. Schuckmann, BeurkG 3. Aufl., § 13 Rdn. 35). Daß die Urkunde bei unbefangener Lektüre dahin zu verstehen ist, die Vertragsparteien seien vor Prof. Dr. V. als Notar zusammengekommen, führt nicht dazu, daß der Inhalt ihrer Erklärungen durch die Niederschrift nicht zutreffend verlautbart wäre.



4. Das Berufungsgericht hat daher im Ergebnis zutreffend die Klage abgewiesen. Die Belastung des Grundstücks durch die von den Beklagten bestellte Hypothek betrifft ein Grundstück, von dessen Erwerb durch die Beklagten auszugehen ist. Für eine Verpflichtung der Beklagten gegenüber dem Kläger zu Zahlungen an die Sparkasse ist daher schon aus diesem Grunde kein Raum.

## Anwaltshaftung

- Belehrung über drohende Verjährung
  - Pflicht zur Klageeinreichung?
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 7.12.1995 – 10 U 172/93, AnwBl 1996, 474)

### Leitsatz:

**Hat ein Anwalt frühzeitig auf den drohenden Eintritt der Verjährung hingewiesen, so kommt ein gegen ihn gerichteter Schadenersatzanspruch wegen fehlerhafter Beratung nur dann in Betracht, wenn ihm ein ausdrücklicher Auftrag zur Erhebung einer die Verjährung unterbrechenden Klage erteilt worden ist.**

### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin ist sachlich nicht gerechtfertigt. Das LG hat die Klage zu Recht abgewiesen. Auch das Berufungsvorbringen und die vom Senat durchgeführte Beweisaufnahme rechtfertigen keine für die Klägerin günstigere Entscheidung.

Eine Schadenersatzverpflichtung der Beklagten scheitert jedenfalls daran, daß die Klägerin nicht den ihr obliegenden Nachweis für das Vorliegen von Tatsachen geführt hat, aus denen eine Verletzung der ihnen obliegenden anwaltlichen Pflichten hergeleitet werden könnte.

Nach ständiger Rechtsprechung des BGH **hat der Anwalt die Interessen seines Auftraggebers in den Grenzen des ihm erteilten Mandats nach jeder Richtung wahrzunehmen, wobei sich aus dem Umfang des Auftrags und den Umständen des Einzelfalles ergibt, welche konkreten Pflichten zu seinen Lasten bestehen** (so zuletzt BGH, GI 1993, 260 = NJW 1993, 2045 mit Nachweisen; vgl. darüber hinaus die Zusammenstellung bei Palandt/Heinrichs, 53. Aufl., § 276 BGB Rdn. 39 ff). Dabei obliegt es ihm insbesondere auch, dafür Sorge zu tragen, daß eine **drohende Verjährung** von Ansprüchen seines Mandanten rechtzeitig unterbrochen wird (so z.B. BGH, NJW 1981, 2741 und GI 1992, 259 = NJW 1992, 820). Eine Pflichtverletzung der Beklagten in dieser Hinsicht läßt sich indes auch im Anschluß an das Ergebnis der zweitinstanzlichen Beweisaufnahme nicht feststellen.

Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, daß die Beklagten die Klägerin bereits mit Schreiben vom 2.5.1988 – zwar sprachlich mißglückt, in der Sache jedoch unmißverständlich – darauf hingewiesen haben, „daß die Verjährung der Ersatzansprüche wegen Beschädigung der Mietsache innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung des Mietverhältnisses verjähren.“ Diesen eindeutigen Hinweis haben sie mit Schreiben vom 20.6.1988 dahingehend konkretisiert, daß die Verjährung frühestens am 1.9.1988 eintrete. Darüber hinaus haben sie gleichzeitig – offensichtlich zum Zwecke der Unterbrechung des Laufs der Verjährungsfrist – Klageerhebung vorgeschlagen.

Davon, daß die Klägerin den Beklagten den von diesen empfohlenen Klageauftrag erteilt hätte, kann nicht ausgegangen werden. Daß die Beklagten mangels eines entsprechend den vorstehenden Ausführungen nicht erwiesenen eindeutigen Klageauftrags zur Vermeidung von gegen sie gerichteten Schadenersatzansprüchen gehalten gewesen wären, **von sich aus Klage zu erheben**, kann unter den gegebenen Umständen nicht angenommen werden. Insbesondere ist insoweit von Bedeutung, daß sie – wie erwähnt – bereits mit Schreiben vom 2.5. und 20.6.1988 eindeutig und nachhaltig darauf hingewiesen hatten, daß zum Zwecke der Verhinderung des Eintritts der Verjährung die

Erhebung einer Klage unumgänglich sei und daß eine solche empfohlen werde.

Bei dieser Sachlage konnten sie ein Schweigen der Klägerin ohne weiteres dahin verstehen, daß diese von einer solchen Klageerhebung, die zudem angesichts des Streitwerts und der von den Beklagten aufgezeigten Bedenken hinsichtlich ihrer Erfolgsaussicht mit einem erheblichen Kostenrisiko verbunden war, Abstand genommen hat, ohne daß es insoweit einer Klarstellung durch die Beklagten bedurft hätte. Darüber hinaus kann angesichts der diesbezüglichen Angaben des Zeugen L. aber nicht einmal ausgeschlossen werden, daß die Klägerin im Hinblick auf die Vergleichsverhandlungen mit der Brauerei D. in einer anderen Angelegenheit die Beklagten ausdrücklich in dem Sinne angewiesen hat, von der Erhebung einer Klage Abstand zu nehmen, wie diese behaupten.

Eine Schadenersatzverpflichtung der Beklagten gegenüber der Klägerin kann auch nicht daraus hergeleitet werden, daß sie diese angeblich nicht darauf hingewiesen haben, daß sie bei der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen die Brauerei D. die Voraussetzungen des § 326 BGB beachten müsse. Es spricht schon viel dafür, daß es eines solchen Hinweises überhaupt nicht bedurfte, weil unter den gegebenen Umständen davon ausgegangen werden kann, daß die Klägerin ohnehin über die entsprechenden Rechtskenntnisse verfügte. Eine etwaige Verletzung der ihr obliegenden Hinweispflicht durch die Beklagten wäre jedenfalls deswegen **nicht schadenursächlich**, weil die Brauerei D. Schadenersatzansprüchen der Klägerin die Einrede der Verjährung entgegenhalten kann, für deren Eintritt die Beklagten wie ausgeführt, nicht verantwortlich gemacht werden können.

## Steuerberaterhaftung

- Belehrungspflichten
- Familienvertrag
- Vertragsgestaltung, Prüfungspflichten  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 5.12.1996 – 13 U 247/95)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Wird ein Familienvertrag (Unteragenturvertrag) steuerrechtlich nicht ordnungsgemäß gestaltet, kann dies dem Steuerberater nicht entgegengehalten werden, wenn er nicht hinzugezogen wurde und ihm der Vertrag auch nicht zur Überprüfung übergeben wurde.**

**2. Der Steuerberater ist nach einer ordnungsgemäßen Auskunft nicht verpflichtet, das ohne seine Hinzuziehung gestaltete Vertragswerk anzufordern.**

**3. Belehrungspflichten können für den Berater erstmals entstehen, wenn er Kenntnis von der eingetretenen Gestaltung einer Unteragentur erlangt.**

### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung hat in der Sache keinen Erfolg.

Die steuerlichen Nachteile, die dadurch entstanden sind, daß das Finanzamt G. die Tätigkeit des Klägers und seiner Ehefrau als im Rahmen eines gemeinsamen Gewerbebetriebes geleistet angesehen hat, sind nicht als Schaden anzuerkennen, der auf die Verletzung vertraglicher Hinweis- und Belehrungspflichten des Beklagten zurückzuführen ist.

Es steht außer Streit, daß zwischen den Parteien von Beginn der 80er Jahre bis Ende 1993 vertragliche Beziehungen bestanden haben. Dieses Rechtsverhältnis ist als Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter (§§ 675, 611 BGB) zu qualifizieren. Der Beklagte wurde für den Kläger umfassend und über einen langen Zeitraum in steuerlichen Angelegenheiten tätig. Er fertigte nicht nur die jeweils fälligen Steuererklärungen, sondern beriet den Kläger auch in sonstigen steuerlichen Belangen. Mit



Rücksicht auf das umfassende Mandatsverhältnis war der Beklagte auch verpflichtet, den Kläger im gewerbesteuerlichen Bereich zu beraten.

1. Die Gewerbesteuerverbindlichkeiten des Klägers für die Jahre 1989 bis 1992 wären nicht oder aber nur in geringerem Umfange entstanden, wenn dieser den mit seiner Ehefrau abgeschlossenen Unteragenturvertrag tatsächlich durchgeführt hätte.

Wesentlich für die steuerliche Anerkennung von Vertragsverhältnissen, die sich auf familiärer Basis vollziehen, ist der Grundsatz, daß zur eindeutigen Trennung der verschiedenen Vermögenssphären klare vertragliche Regelungen getroffen sein müssen, die auch tatsächlich durchgeführt werden (*Glanegger/Güroff, GewStG, § 7 Rdn. 163 m.w.N.*). Angesprochen auf die Frage, wie der Kläger „eine befriedigende Unterhaltsregelung für seine geschiedene Ehefrau“ erreichen und zugleich Gewerbesteuer sparen könne, hat der Beklagte unstreitig erklärt, dies sei nur möglich, wenn die jetzige Ehefrau als Untervertreterin einen eigenständigen Gewerbebetrieb führen würde.

**Diese Auskunft gibt im Kern den vorstehenden Grundsatz wieder und stellt somit eine zutreffende Belehrung dar. Zur Abfassung des dann am 30.4.1987 zwischen dem Kläger und seiner jetzigen Ehefrau geschlossenen Unteragenturvertrages ist der Beklagte aber nicht hinzugezogen worden.** Der Kläger hat auch nicht zu beweisen vermocht, daß dem Beklagten unmittelbar nach dem 30.4.1987 eine Ablichtung des geschlossenen Vertrages ausgehändigt worden ist. Die Beweiswürdigung des Landgerichts begegnet keinen Bedenken. Ergänzend sei nur angemerkt: Der Beklagte ist bei der unmittelbaren Vertragsgestaltung, die ja steuerrechtlichen Grundsätzen genügen mußte, nicht mehr um Rat gefragt worden. Aus welchem Grunde ihm dann wenige Tage später eine Ablichtung des Vertragstextes ausgehändigt worden sein soll, hätte schon einer Erklärung bedurft. Aktuelle steuerliche Fragen haben jedenfalls nicht angestanden. **Ein Auftrag zur Überprüfung des Vertragswerkes ist dem Beklagten auch nicht erteilt worden.**

Soweit der Kläger im Berufungsrechtszug vorträgt, es sei unstreitig, daß ausweislich der

Gewerbebeanmeldung seit 1986 zwei Gewerbebetriebe bestanden hätten, gilt: Die Ehefrau des Klägers hat das Gewerbe am 27.7.1987 rückwirkend zum 1.5.1987 angemeldet. Da ihm der Unteragenturvertrag nicht zur Verfügung stand, hat der Beklagte erst nach Aushändigung der Buchungsunterlagen für das Jahr 1987 Kenntnis von der eingetretenen Veränderung erlangt. Angesichts der Verzögerungen, die auch in den übrigen Jahren eingetreten sind, dürfte dies im Jahre 1989 gewesen sein.

2. Allerdings traf den Beklagten im Rahmen seiner allgemeinen Steuerberater Tätigkeit die Nebenpflicht, den Kläger auf die bei der Durchführung des Unteragenturvertrages begangenen Fehler hinzuweisen. Das ist, wie nach dem Ergebnis der erstinstanzlichen Beweisaufnahme feststeht, durch eine Mitarbeiterin des Beklagten, die Zeugin S., geschehen. Der Senat folgt der Beweiswürdigung des Landgerichts, die durch das Vorbringen des Klägers im Berufungsrechtszug nicht erschüttert wird.

3. Die Ansicht des Klägers, ein entsprechender Hinweis hätte auch seiner Ehefrau erteilt werden müssen, teilt der Senat nicht. Selbst wenn man hier eine andere Auffassung vertreten wollte, stünde dem Kläger kein eigener Anspruch gegen den Beklagten zu. Es käme allenfalls ein Schadenersatzanspruch seiner Ehefrau (Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter) in Betracht. Diese hat ihre vermeintlichen Ansprüche aber nicht an den Kläger abgetreten.

## Steuerberaterhaftung

- Schadensschätzung
- Klageverfahren oder tatsächliche Verständigung?

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 7.12.1995 - 13 U 196/94)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Wurde versehentlich eine Klagefrist versäumt, ist ein Schaden entstanden, wenn das Verfahren ohne diesen Fehler zugunsten des Mandanten ausgegangen wäre.**

**2. Hätte bei fristwahrendem Schriftsatz das Finanzamt eine Ermessensentscheidung treffen müssen, so kommt es für die Schadenbeurteilung darauf an, wie diese ihr Ermessen tatsächlich – mutmaßlich – ausgelegt hätte.**

**3. Ist während eines Klageverfahrens wegen einer Schätzungsveranlagung die Möglichkeit einer „tatsächlichen Verständigung“ erkennbar, muß der Berater prüfen, womit dem Mandanten besser gedient ist.**

**4. Wurde eine „tatsächliche Verständigung“ im Hinblick auf die Gewerbesteuermeßbescheide bereits durchgeführt, kann unterstellt werden, daß auch eine entsprechende Einigung bei der Einkommensteuer möglich gewesen wäre.**

### **Zum Sachverhalt:**

Die Kläger verlangen Ersatz eines behaupteten Steuerschadens (Einkommen- und Kirchensteuer nebst Ergänzungsabgaben), der darauf beruhe, daß der Beklagte ihre steuerlichen Interessen nicht ordnungsgemäß vertreten habe. Der klagende Ehemann betreibt einen Mineralöl- und Kohlenhandel. Der Beklagte, Dipl.-Kaufmann und (bis vor kurzem) Rechtsanwalt, hat die Kläger steuerlich beraten, die Jahresabschlüsse des Betriebes aufgestellt, die Steuererklärungen angefertigt und die Kläger vor den Finanzbehörden vertreten.

Im Jahre 1983 fand im Anschluß an eine Betriebsprüfung und eine Selbstanzeige wegen verschwiegener Zinseinkünfte eine (weitere) Prüfung durch die Steuerfahndung statt. Diese ergab für die Jahre 1971 bis 1978 unversteuert gebliebene Erlöse und Mehrgewinne. Das Finanzamt schloß sich dem Ergebnis der Steuerfahndung an und erließ für die genannten Jahre geänderte Einkommensteuer-, Umsatzsteuer- und Gewerbesteuermeßbescheide. Der Beklagte legte auftragsgemäß gegen alle Bescheide Einspruch ein. Nachdem das Finanzamt die Einsprüche gegen die Einkommensteuerbescheide als unbegründet zurückgewiesen hatte – die übrigen Einsprüche wurden zunächst nicht beschieden –, erwirkte der

Beklagte eine teilweise Aussetzung der Vollziehung aller Bescheide; wegen der Beträge und der Gründe wird auf den Beschluß des Finanzgerichts Düsseldorf vom 29.8.1986 verwiesen.

Die etwa zur gleichen Zeit durch den Beklagten erhobene Klage gegen den Bescheid, mit dem das Finanzamt die Einsprüche gegen die Einkommensteuerbescheide zurückgewiesen hatte, wies das Finanzgericht Düsseldorf im November 1990 durch Vorbescheid (§ 90 Abs. 3 FGO a. F.) als unzulässig ab, weil sie nicht begründet worden war. Den anschließend durch den Beklagten gestellten Antrag auf mündliche Verhandlung beschied das Finanzgericht Düsseldorf im März 1991 durch (rechtskräftiges) Urteil als unzulässig, weil die Antragsfrist von einem Monat versäumt worden war.

Anfang 1992 verständigten sich der klagende Ehemann, vertreten durch seine erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten, und das Finanzamt hinsichtlich der Gewerbesteuer (und der Umsatzsteuer). Das Finanzamt erteilte dem klagenden Ehemann neue Gewerbesteuermeßbescheide, in denen für die Jahre 1971 bis 1975 und 1978 von niedrigeren Gewinnen aus Gewerbebetrieb als in den Bescheiden ausgegangen wurde, die das Finanzamt im Anschluß an die Prüfung durch die Steuerfahndung erlassen hatte.

Die Kläger haben behauptet, diese Gewinnminderung hätte auch bei der Veranlagung zur Einkommensteuer (und den Folgesteuern) für die genannten Jahre erreicht werden können. Sie haben den Mehrbetrag an Steuern, die Hälfte der Gerichtskosten vor dem Finanzgericht, die Hälfte der vom Finanzamt festgesetzten Zinsen und das bei der Verständigung angefallene Anwaltshonorar eingeklagt und haben beantragt, den Beklagten zu verurteilen, an sie 126.451,29 DM nebst 12 % Zinsen zu zahlen.

Der Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen. Er hat eingewendet, die Kläger hätten den behaupteten Schaden nicht schlüssig dargetan.

Das Landgericht hat die Klage nach Beweisaufnahme abgewiesen. Die Kläger wiederholen und vertiefen ihr tatsächliches Vorbringen und beantragen (nach teilweiser Rücknahme der Berufung wegen eines Fehlers in der Berechnung des Schadens), den Beklagten unter teil-

weiser Abänderung des angefochtenen Urteils zu verurteilen, an sie 85.328,59 DM nebst 12 % Zinsen zu zahlen.

Der Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen. Er verteidigt die angefochten Entscheidung.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Schriftsätze der Parteien, die zu den Akten gereichten Unterlagen und das Protokoll der erstinstanzlichen Beweisaufnahme verwiesen.

### **Aus den Gründen:**

Die Berufung ist in dem noch geltend gemachten Umfang überwiegend begründet.

I. Dem Grunde nach ist die Klage gerechtfertigt.

1. Daß der Beklagte seine Pflicht, die Interessen der Kläger in dem Verfahren über die Einkommensteuer für die Steuerjahre 1971 bis 1978 sachgerecht zu vertreten, schuldhaft verletzt hat, ist unstreitig. Die Parteien streiten allein darüber, ob und in welcher Höhe den Klägern dadurch ein Schaden entstanden ist. **Darüber ist nach § 287 ZPO zu entscheiden. Diese Vorschrift erleichtert dem Geschädigten nicht nur die Beweisführung, sondern auch die Darlegung** (BGH, NJW-RR 1992, 202; BGH, NJW 1994, 663; jeweils m.w.N.). Zwar ist es Sache des Anspruchstellers, diejenigen Umstände vorzutragen und zu beweisen, die seine Vorstellung zur Schadenhöhe rechtfertigen sollen. Lücken und Unklarheiten im Vortrag rechtfertigen es aber nicht, dem jedenfalls in irgendeiner Höhe Geschädigten jeden Ersatz zu versagen. Vielmehr hat das Gericht die schätzungs begründenden Tatsachen festzustellen und selbst nicht vorgetragene Tatsachen nach freiem Ermessen zu berücksichtigen. **Eine Schätzung nach § 287 ZPO darf nur dann abgelehnt werden, wenn deren Ergebnis mangels greifbarer Anhaltspunkte völlig in der Luft hänge** (BGH, a.a.O.).

2. Ist ein Rechtsbehelf oder Rechtsmittel erfolglos geblieben, weil der Steuerberater eine Frist versäumt hat, so ist bei der Beurteilung, ob dem Mandanten daraus ein Schaden entstanden ist, darauf abzustellen,

**wie das Verfahren ohne diesen Fehler richtigerweise hätte ausgehen müssen** (vgl. BGH, WM 1993, 1677, 1679 m.w.N. = GI 1993, 303). Diese – hier nach Aktenlage unklare – Frage kann aber offen bleiben, wenn die seinerzeit zuständige Verwaltungsbehörde (hier: das Finanzamt) eine **Ermessensentscheidung** zu treffen hatte. Dann kommt es darauf an, **wie die Verwaltungsbehörde ihr Ermessen tatsächlich (mutmaßlich) ausgeübt hätte** (BGH, WM 1993, 1677, 1680 m.w.N. = GI 1993, 303). Auch das ist nach § 287 ZPO festzustellen (BGH, NJW 1981, 920, 921). Ein solcher Fall hat hier vorgelegen.

a) **Die angefochtenen Steuerbescheide waren das Ergebnis von Schätzungen** der Besteuerungsgrundlagen gewesen. In solchen Fällen ist nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs eine „tatsächliche Verständigung“ über schwierig zu ermittelnde tatsächliche Umstände zulässig (BFH, BStBl II 1985, 354; BFH, NJW 1991, 1199; BFH, BStBl II 1991, 673; BFH, BB 1994, 633; zusammenfassend OFD Hannover, BB 1992, 2065). Ob das Finanzamt sich auf eine „tatsächliche Verständigung“ einläßt, steht in seinem pflichtgemäßen Ermessen. Hier hat (später) bei der Umsatz- und der Gewerbesteuer eine „tatsächliche Verständigung“ stattgefunden. Nach der Aussage des Zeugen X., der als Sachgebietsleiter mit den Steuerangelegenheiten der Kläger befaßt gewesen war, wäre das auch bei der Einkommensteuer möglich gewesen.

b) **Der Beklagte hatte es schuldhaft versäumt, auch noch während des Rechtsstreits vor dem Finanzgericht auf eine „tatsächliche Verständigung“ mit dem Finanzamt hinzuwirken.** Ob die Kläger ihn dazu aufgefordert hatten, ist unerheblich. Kraft des ihm erteilten Auftrags hatte er die Interessen der Kläger nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen (vgl. BGH, NJW-RR 1992, 1110, 1112 = GI 1992, 209). **Dazu gehörte auch die Prüfung, ob den Klägern mit einer „tatsächlichen Verständigung“ nicht besser gedient war als mit einem streitigen Verfahren.** Je weniger Aussicht auf Erfolg die Klage aus seiner Sicht bot, desto mehr mußte sich für den Beklagten aufdrängen, daß eine „tatsächliche Verständigung“ der relativ sicherste Weg für die Kläger war. Dem Schrei-

ben des Finanzamts vom 29.6.1990 an das Finanzgericht konnte der Beklagte entnehmen, daß eine „tatsächliche Verständigung“ grundsätzlich möglich war. Durch seine Untätigkeit und die darauf beruhende Abweisung der Klage vor dem Finanzgericht hat er den Klägern diese Möglichkeit aber verbaut.

**3. Auf welche Gewinne als Besteuerungsgrundlage für die Einkommensteuer die Beteiligten sich tatsächlich verständigt hätten, läßt sich – naturgemäß – nicht mehr feststellen, weil das Ergebnis von dem Verhandlungsgeschehen und der Bereitschaft beider Seiten zur Verständigung bestimmt worden wäre und diese Umstände nicht zuverlässig nachvollzogen werden können.**

Für die richterliche Überzeugungsbildung nach § 287 ZPO reicht aber eine überwiegende, auf gesicherter Grundlage beruhende Wahrscheinlichkeit aus (BGH, NJW 1991, 1412, 1413; BGH, NJW-RR 1992, 800, 801; BGH, NJW 1993, 734). Eine solche Grundlage bieten hier die nach der „tatsächlichen Verständigung“ ergangenen Gewerbesteuermeßbescheide. Danach haben die Beteiligten sich auf eine Besteuerung nach Gewerbeerträgen geeinigt, die über den Beträgen lagen, von denen das Finanzgericht ausgegangen war, aber (zum Teil deutlich) unter denen in den ursprünglichen Bescheiden aus dem Jahre 1984. Das begründet die tatsächliche Vermutung, daß die Beteiligten sich bei einer „umfassenden Lösung“ auch bei der Einkommensteuer auf diese Gewinne als Grundlage der Besteuerung verständigt hätten.

Diese Vermutung hat der Beklagte nicht erschüttert. Zwar hat der Zeuge X. ausgesagt, bei einer Vereinbarung auch über die Einkommensteuer wären möglicherweise andere Beträge zugrunde gelegt worden, weil die steuerlichen Auswirkungen bei der Einkommensteuer höher gewesen wären. Diese Erklärung ist aber zweideutig. Damit kann der Zeuge gemeint haben, daß die Finanzverwaltung bei einer Gesamtlösung auf höheren Gewinnen bestanden hätte, um insgesamt mehr „herauszuholen“. Seine Aussage kann aber auch dahin verstanden werden, daß die Finanzverwaltung sich dann auf niedrigere Gewinne eingelassen hätte, um den Klägern insgesamt entgegenzukommen. Eine erneute Vernehmung des Zeugen versprache

keine weitere Aufklärung zu der Frage, ob die Finanzverwaltung bei einer Gesamtlösung auf höheren Gewinnen bestanden oder sich auf niedrigere Gewinne eingelassen hätte. Denn der Zeuge hatte vorher schon erklärt, daß er nicht sagen könne, auf welcher Basis eine einheitliche Entscheidung getroffen worden wäre.

II. Die Klage ist auch der Höhe nach überwiegend gerechtfertigt.

1. Im Anschluß an die „tatsächliche Verständigung“ hat das Finanzamt die Gewinnschätzungen als Grundlage der Gewerbesteuer wie folgt herabgesetzt:

Jahr	Veranl. 1984	Veranl. 1992	Differenz
1971	106.136 DM	97.483 DM	8.653 DM
1972	141.026 DM	108.579 DM	32.447 DM
1973	178.320 DM	155.607 DM	22.713 DM
1974	163.675 DM	157.185 DM	6.490 DM
1975	104.674 DM	72.227 DM	32.447 DM
1978	98.776 DM	93.818 DM	4.958 DM
			<u>107.708 DM</u>

Wenn man sich auch bei der Einkommensteuer auf diese Beträge verständigt hätte, wäre – bei sonst gleichbleibenden Besteuerungsgrundlagen – das zu versteuernde Einkommen der (zusammen veranlagten) klagenden Eheleute wie folgt herabgesetzt worden:

	von	um	auf
1971	107.723 DM	8.653 DM	99.070 DM
1972	150.878 DM	32.447 DM	118.431 DM
1973	197.547 DM	22.713 DM	174.834 DM
1974	191.644 DM	6.490 DM	185.154 DM
1975	135.175 DM	32.447 DM	102.728 DM
1978	121.409 DM	4.958 DM	116.451 DM

Nach der nicht angegriffenen Berechnung der Kläger hätte das ihre Belastung mit Einkommensteuer und den Folgesteuern (Kirchensteuer, Ergänzungsabgabe 1971 bis 1974 und Stabilitätzuschlag 1973 und 1974) wie folgt gemindert:

	von	auf
1971	42.460,60 DM	37.881,40 DM
1972	66.305,80 DM	48.230,20 DM
1973	97.219,00 DM	83.415,20 DM
1974	93.640,80 DM	89.636,40 DM
1975	56.617,00 DM	38.870,00 DM
1978	48.778,00 DM	45.866,30 DM
	<u>405.021,20 DM</u>	<u>343.899,50 DM</u>

(Der Rechenfehler von 30 DM beim Gewinn und dem zu versteuernden Einkommen für 1972 wirkt sich bei der Steuer nicht aus.)

Die Differenz von 405.021,20 DM zu 343.899,50 DM = 61.121,70 DM ist der Steuerschaden, der den Klägern bei der Einkommensteuer und den Folgesteuern entstanden ist.

2. Soweit die Kläger **Ersatz der Gerichtskosten** verlangen, die durch Verfahren vor dem **Finanzgericht Düsseldorf** entstanden sind, ist die Klage nur teilweise begründet.

a) Hinsichtlich des Verfahrens 13 K 459/86 (Klage gegen die Einkommensteuerbescheide für 1971 bis 1978) ist bei der nach § 287 ZPO gebotenen Schadensschätzung davon auszugehen, daß im Anschluß an eine „tatsächliche Verständigung“ über die Besteuerungsgrundlagen die Kosten des Rechtsstreits, sei es durch eine Vereinbarung der Beteiligten oder durch einen Gerichtsbeschuß nach § 138 Abs. 1 FGO, gegeneinander aufgehoben worden wären. In dem Fall hätten die Kläger nur die Hälfte der Gerichtskosten zahlen müssen. Die zweite Hälfte (3.239 DM) ist demnach ein von dem Beklagten zu ersetzender Schaden.

b) Soweit die Kläger auch die Kosten der Verfahren 13 K 468/86 und 13 K 602/87 zur Hälfte ersetzt verlangen, rechtfertigt ihr tatsächliches Vorbringen nicht den Klageantrag. Denn ihm ist nicht zu entnehmen, was dort Streitgegenstand war und inwieweit der Beklagte die Belastung der Kläger mit Kosten verschuldet hat. Der Antrag, die Akten beizuziehen, ersetzt nicht den notwendigen schlüssigen Sachvortrag.

3. Der Beklagte muß den Klägern auch, wie beantragt, die  **Hälfte der Aussetzungszinsen als Schaden** ersetzen.

a) Soweit ein Rechtsbehelf oder Rechtsmittel in einer Steuersache endgültig keinen Erfolg gehabt hat, ist der geschuldete Betrag, hinsichtlich dessen die Vollziehung ausgesetzt wurde, nach §§ 237 ff AO zu verzinsen. Mit Bescheid vom 27.5.1991 hat das Finanzamt Aussetzungszinsen von den Einkommensteuerbeträgen festgesetzt, hinsichtlich derer das Finanzgericht die Vollziehung der 1984 ergangenen Bescheide durch Beschluß vom 29.8.1986 ausgesetzt hatte. Die Einkommensteuerbeträge, hinsichtlich derer die

Vollziehung nicht ausgesetzt worden war, müssen die Kläger demnach schon vorher gezahlt haben. Bei der Einkommensteuer ergab das 1991 folgenden Zahlungsstand:

[Inhalt der Spalten:

- a) in den Einkommensteuerbescheiden von März und April 1984 festgesetzte Nachzahlung,
- b) Einkommensteuerbeträge, hinsichtlich derer das Finanzgericht die Vollziehung ausgesetzt hatte,
- c) schon geleistete Nachzahlung]

	a)	b)	c)
1971	26.620 DM	6.074 DM	20.546 DM
1972	46.724 DM	22.236 DM	24.488 DM
1973	67.108 DM	16.200 DM	50.908 DM
1974	62.374 DM	4.624 DM	57.750 DM
1975	40.736 DM	22.316 DM	18.420 DM
1978	31.292 DM	3.192 DM	28.100 DM

b) Bei einer tatsächlichen Verständigung auf die niedrigeren Gewinne und der daraus folgenden Minderung der Einkommensteuerschuld auf die angesetzten Beträge hätte sich folgender Zahlungsstand ergeben:

[Inhalt der Spalten:

- a) ermäßigte Einkommensteuerschuld,
- b) Zahlungen bis 1984,
- c) schon geleistete Nachzahlungen,
- d) noch offene Einkommensteuerschuld,
- e) nach § 238 Abs. 1, 2 AO zu verzinsender Betrag]

	a)	b)	c)	d)	e)
1971	33.524 DM	10.956 DM	20.546 DM	2.022 DM	2.000 DM
1972	42.682 DM	11.954 DM	24.488 DM	6.240 DM	6.200 DM
1973	70.692 DM	15.282 DM	50.908 DM	4.502 DM	4.500 DM
1974	75.964 DM	16.984 DM	57.750 DM	1.230 DM	1.200 DM
1975	35.780 DM	11.326 DM	18.420 DM	6.034 DM	6.000 DM
1978	42.208 DM	13.588 DM	28.100 DM	520 DM	500 DM

**20.400 DM**

Die Kläger hatten dann Zinsen von nur 20.400 DM statt von 74.400 DM zu zahlen brauchen. Nach § 308 ZPO kann ihnen allerdings nur die Hälfte der festgesetzten Zinsen zugesprochen werden.

4. Soweit die Kläger **Ersatz der Anwaltskosten** verlangen, die bei der „tatsächlichen Verständigung“ Anfang 1992 entstanden sind, ist die Klage nur teilweise begründet.

a) Zu ersetzen sind die Anwaltskosten, **die bei der „tatsächlichen Verständigung“ zur Höhe der Gewerbesteuer entstanden sind.** Diese

Kosten wären nach einer umfassenden „tatsächlichen Verständigung“ über die Gewinne als Besteuerungsgrundlagen nicht angefallen, weil die vorrangige Änderung der Einkommensteuerbescheide nach § 35b Abs. 1 Satz 1 GewStG auch ohne anwaltliche Hilfe zu einer entsprechenden Änderung der Gewerbesteuermeßbescheide geführt hätte.

b) Hinsichtlich der „**tatsächlichen Verständigung**“ bei der Umsatzsteuer ist ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Versäumnissen des Beklagten (in dem Verfahren über die Einkommensteuer) und den später angefallenen Kosten der Verständigung nicht nachvollziehbar dargetan. Deshalb ist die (Anwalts-) Gebührenrechnung vom 17.7.1992 als Schadenposition verhältnismäßig auf  $8.430 / 20.327 \times 3.207,39 \text{ DM} = 1.330,17 \text{ DM}$  zu kürzen.

## Honoraranspruch des Steuerberaters

- Rechtskraft
  - Honorar nach Kündigung des Dienstvertrages
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.7.1996 – 13 U 101/95)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Die Rechtskraft eines Urteils reicht gemäß § 322 Abs. 1 ZPO nur soweit, als über einen Anspruch entschieden wurde. Maßgeblich ist das einem Klageantrag zugrunde liegende tatsächliche Geschehen.**

**2. Hat der Steuerberater die Mandatskündigung durch vertragswidriges Verhalten veranlaßt und sind seine bis dahin erbrachten Leistungen infolge der Kündigung für den Mandanten ohne Interesse, besteht kein Vergütungsanspruch gemäß §§ 627, 628 Abs. 1 Satz 1 BGB.**

### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist nicht begründet. Das Landgericht hat den Beklagten zu Recht verur-

teilt, die steuerberatende Tätigkeit des Klägers mit 9.759,08 DM zu vergüten.

#### 1. Rechnung vom 22.9.1992 über 1.161,66 DM

Der Kläger kann die Gebühren, die er dem Beklagten für die Bearbeitung der Klage gegen die Umsatz- und Einkommensteuerbescheide 1987 in Rechnung gestellt hat, beanspruchen. Die auch im Berufungsrechtszug vertretene Rechtsansicht des Beklagten, diese Forderung sei durch das Urteil des Landgerichts Düsseldorf vom 13.8.1992 (90 97/92) rechtskräftig abgewiesen worden, teilt der Senat nicht. Nach § 322 Abs. 1 ZPO reicht die **Rechtskraft eines Urteils** nur so weit, als darin über den erhobenen Anspruch entschieden ist. Durch diese engen Schranken wird die Rechtskraft auf den unmittelbaren Gegenstand des Urteils, d.h. auf **diejenige Rechtsfolge** beschränkt, **die aufgrund eines bestimmten Lebenssachverhalts bei Schluß der mündlichen Verhandlung den Entscheidungssatz bildet** (BGH, NJW 1995, 2993; 1976, 1095).

Maßgeblich ist das ganze **einem Klageantrag zugrunde liegende tatsächliche Geschehen**, das bei natürlicher Betrachtungsweise nach der Verkehrsauffassung zusammengehört. Im Vorprozeß ist in diesem Sinne rechtskräftig entschieden, daß der Kläger die Gebühr gemäß § 41 Abs. 1 Steuerberatergebührenverordnung (StBGebV) für die Abwicklung des Rechtsbehelfsverfahrens gegen die Umsatz- und Einkommensteuerbescheide 1987 nicht beanspruchen könne. In den Entscheidungsgründen des Urteils vom 13.8.1992 heißt es ausdrücklich, der Kläger sei für den Beklagten erst durch die Klageerhebung tätig geworden, habe eine Gebühr nach § 45 StBGebV trotz der gewählten Überschrift in der Rechnung vom 4.2.1991 („Abwicklung des Rechtsbehelfs- und Klageverfahrens“) aber nicht geltend gemacht. Streitgegenstand des Urteils war mithin nur ein Anspruch nach § 41 StBGebV.

#### 2. Rechnung (2) v. 9.12.1992 über je 5.192,01 DM Rechnung v. 22.9.1992 über 6.004,60 DM

Der Beklagte hat an den Kläger auch das für die Buchführungsarbeiten der Jahre 1987 bis 1989 berechnete Honorar zu entrichten. Das Landgericht ist aufgrund der Aussagen der



Zeugen zu der Überzeugung gelangt, daß der Beklagte den Kläger mit der erneuten Fertigung der Buchhaltung für den vorgenannten Zeitraum beauftragt habe. Die Beweismwürdigung des Landgerichts begegnet keinen Bedenken. Die Aussagen der Zeugen finden überdies eine Stütze in dem Schreiben des Beklagten vom 14.10.1990 an seinen vormaligen Steuerberater. Darin heißt es auszugsweise: „Obwohl Sie mtl. regelmäßig für Ihre Arbeit Geld von meinem Konto abgeboben haben, wurde festgestellt, daß Sie überhaupt keine Buchführung ausgeführt haben. So habe ich inzwischen für die ordnungsgemäße Verbuchung der vorhandenen Unterlagen und Belege ca. 6.500 DM an Honoraren gezahlt.“

Den erwähnten Betrag von 6.500 DM hat der Kläger bei den die Buchführungsarbeiten der Jahre 1987 und 1988 betreffenden Rechnungen abgesetzt.

Entgegen der Ansicht des Beklagten werden die Aussagen der Zeugen auch nicht durch das Gutachten der Sachverständigen vom 19.4.1994 widerlegt. Darin heißt es ausdrücklich, der Kläger habe die Buchführung der Jahre 1987, 1988 und 1989 erstellt. Ein Widerspruch zu der Bemerkung der Sachverständigen, sie könne aufgrund fehlender Prüfungsunterlagen nicht beurteilen, ob sich die Buchführungsunterlagen der Jahre 1987 und 1989 in einem geordneten Zustand befänden, besteht nicht. Die Frage, ob die Buchführungsunterlagen geordnet sind, betrifft nicht den Streit der Parteien darüber, ob die Buchführungsarbeiten erledigt worden sind. Das aber haben sowohl die Zeugen als auch die Sachverständige bejaht.

Schließlich kann der Beklagte die Bezahlung der noch offenen Gebührenforderung nicht mit der Begründung verweigern, die vom Kläger erbrachten Leistungen seien für ihn wertlos gewesen. Infolge der Kündigung des Beklagten richten sich die Rechtsbeziehungen der Parteien nach den §§ 627, 628 BGB. Die Steuerberatergebührenverordnung, die etwa in § 12 Abs. 4 regelt, daß es auf bereits entstandene Gebühren ohne Einfluß sei, wenn der Auftrag endige, bevor die Angelegenheit erledigt sei, schließt die Anwendung dieser Vorschrift nicht aus. Das hat der Bundesgerichtshof (NJW 1982, 437, 438) für die Vorschrift des § 13 Abs. 4

BRAGO, der eine mit § 12 Abs. 4 StBGebV übereinstimmende Regelung enthält, ausdrücklich entschieden.

**Wird nach Beginn der Dienstleistungen das Dienstverhältnis aufgrund des § 627 BGB gekündigt, so kann der Dienstverpflichtete nach dem in § 628 Abs. 1 S. 1 BGB enthaltenen Grundsatz einen seiner bisherigen Tätigkeit entsprechenden Teil der Vergütung beanspruchen. Das gilt jedoch nicht, wenn die Kündigung durch sein vertragswidriges Verhalten veranlaßt worden ist und seine bisherigen Leistungen infolge der Kündigung für den anderen Teil ohne Interesse sind.** Eine Leistung ist für den Dienstberechtigten dann ohne Interesse, wenn er **sie nicht mehr wirtschaftlich verwerten** kann (BGH, NJW 1982, 437, 438). Diese Voraussetzung ist hier allenfalls hinsichtlich der Buchführungsarbeiten des Jahres 1987 erfüllt. Das Finanzamt hatte dem Beklagten nur für diesen Veranlagungszeitraum eine Frist zur Abgabe der Steuererklärung bis zum 30.11.1990 gesetzt und ist danach zur Schätzung geschritten. Daß der Beklagte diesen Terminen nicht einzuhalten vermochte, kann er dem Kläger aber nicht anlasten.

Bei dem von den Parteien geschlossenen Steuerberatungsvertrag handelt es sich um ein Rechtsverhältnis, das beiderseitige Rechte und Pflichten begründet. Der Mandant ist nicht nur zur Zahlung der geschuldeten Vergütung verpflichtet, sondern auch zur Mitwirkung, etwa zur vollständigen und rechtzeitigen Überlassung der zur Erledigung des Auftrags erforderlichen Belege (Späth, *Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters* 3. Aufl., Rdn. 71 f). Um diese Mitwirkungspflicht erfüllen zu können, hat der Beklagte den Steuerberater am 14.10.1990 gebeten, die noch fehlenden Buchungsunterlagen bis einschließlich 1989 herauszugeben. Dieses Schreiben hat er dem Kläger in Ablichtung übersandt und diesen gebeten, „auf die Herren einzuwirken, daß er die ... Unterlagen vollständig übergibt“. Der Steuerberater war aber nach einer Mitteilung der Post unbekannt verzogen, so daß es nicht zu der gewünschten Einwirkung kommen konnte. Die Ermittlung des Aufenthaltsortes des vormaligen Steuerberaters des Beklagten oblag dann aber nicht dem Kläger.

## **Berichtigung bestandskräftiger Steuerbescheide, § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO**

- Grobes Verschulden
- Belegablage des Steuerpflichtigen
- Fehlende Aufklärung des Steuerberaters  
(FG Hamburg, Urt. v. 27.5.1997 – V 117/94, rechtskräftig)

### **Leitsätze (d. Red.):**

**1. Ist der Steuerpflichtige kein versierter, mit steuerlichen Angelegenheiten vertrauter Kaufmann und liegen besondere Umstände bei ihm vor, die es ihm wichtiger erscheinen lassen dürfen, diese zu regeln statt für eine ordnungsgemäße Ablage eines Belegs zu sorgen, kann von grobem Verschulden nicht gesprochen werden.**

**2. Unterläßt der Steuerberater die Aufklärung einer steuerlich relevanten Aufwendung, so kann dies dem Steuerpflichtigen nicht als eigenes Verschulden i.S.d. § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO zugerechnet werden.**

### **Zum Sachverhalt:**

Der Kläger ist mindestens seit Dezember 1985 Gesellschafter der A.-GmbH und einer von mehreren Geschäftsführern der Gesellschaft. Sein Anteil an dem Stammkapital der Gesellschaft betrug 24%. Aus dieser Geschäftsführertätigkeit bezog er vom 1.4.1986 bis zum Jahre 1988 Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Am 26.7.1988 hat der Kläger sein Amt als Geschäftsführer der A.-GmbH – ausweislich einer Mitteilung der Notare Dres. ... an das Amtsgericht Hamburg, Handelsregister, vom selben Tage – niedergelegt. Danach war der Kläger als Gesellschafter-Geschäftsführer einer Einmann-GmbH bis zum 30.9.1990 tätig.

Wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz im Zusammenhang mit der Errichtung von Anlagen zur Produktion von Giftgas im Ausland wurde gegen den Kläger von der Staats-

anwaltschaft bei dem Landgericht D. ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dann wurde beim Landgericht D. Anklage erhoben. In dieser Sache saß der Kläger ausweislich der Anklageschrift aufgrund eines Haftbefehls in Untersuchungshaft. Für die Verteidigung in der Haftsache zahlte der Kläger an seine Strafverteidiger, die Rechtsanwälte ..., im Jahre 1990 ein Anwaltshonorar gemäß Vereinbarung nebst Fahrkosten in Höhe von 34.761,06 DM. Davon wurden 25.000 DM als Vorschußzahlung geleistet. Der Restbetrag von 9.761,06 DM wurde am 16.11.1990 überwiesen.

In der Einkommensteuererklärung für 1990, die am 5.7.1991 abgegeben wurde, führte der Kläger diese Aufwendungen nicht an. Er machte lediglich Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von 660 DM geltend. Bei der Durchführung der Veranlagung berücksichtigte der Beklagte bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit dementsprechend den Arbeitnehmerfreibetrag von 2.000 DM. Nachdem der Einkommensteuerbescheid 1990 am 8.8.1991 erlassen und bestandskräftig geworden war, beantragte der Kläger am 4.6.1992 unter Vorlage der Rechnung der Rechtsanwälte ... vom 31.10.1990 über Rechtsanwaltskosten in Höhe von 34.761,06 DM, den Einkommensteuerbescheid 1990 vom 8.8.1991 gemäß § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO zu ändern und diese Aufwendungen als Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit zu berücksichtigen.

Der Kläger machte geltend, das Strafverfahren sei wegen seiner früheren Tätigkeit als Geschäftsführer eingeleitet worden. Bei der Erstellung der Einkommensteuererklärung 1990 habe sich die Rechnung noch in den Unterlagen seiner Strafverteidiger befunden. Erst beim Zusammenstellen der Belege für die Einkommensteuererklärung des Folgejahres 1991, die er am 28.2.1992 unterzeichnet habe, sei ihm dieser Beleg erstmals in die Hände gefallen. Dabei sei festgestellt worden, daß es sich hier um Werbungskosten des Jahres 1990 handelte. Zweifellos handele es sich um eine neue Tatsache. An deren verspäteten Bekanntwerden treffe ihn – den Kläger – kein grobes Verschulden.

Der Antrag blieb ohne Erfolg. Ohne zu prüfen, ob es sich bei den streitigen Aufwendungen

überhaupt um Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit handelte, war der Beklagte der Ansicht, daß den Kläger an dem nachträglichen Bekanntwerden der neuen Tatsachen jedenfalls ein grobes Verschulden treffe.

Gegen diese, den Änderungsantrag ablehnende Entscheidung des Beklagten vom 12.8.1992 legte der Kläger am 20.8.1992 einen als Beschwerde bezeichneten Rechtsbehelf ein, den der Beklagte als Einspruch behandelte. Der Kläger wies darauf hin, daß ihm nicht ohne weiteres habe bekannt sein müssen, daß Rechts- und Beratungskosten als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit steuermindernd geltend gemacht werden könnten. Dem hinzugezogenen Steuerberater, dem Prozeßbevollmächtigten des Klägers, sei nicht bekannt gewesen, daß solche Kosten überhaupt angefallen seien.

Der Rechtsbehelf blieb ohne Erfolg. Der Beklagte ging zwar davon aus, daß die streitigen Aufwendungen dem Grunde nach Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit darstellten. Er versagte die Änderung jedoch weiterhin mit dem Hinweis, daß den Kläger an dem nachträglichen Bekanntwerden der maßgeblichen Tatsachen ein grobes Verschulden treffe.

Gegen die Einspruchsentscheidung v. 27.6.1994 erhob der Kläger am 13.7.1994 Klage. Er trägt nunmehr vor, der für ihn in der Haftsache tätig gewesene Rechtsanwalt habe mit Kostenrechnung vom 31.10.1990 für die Rechtsanwaltssozietät insgesamt 34.761,06 DM abgerechnet. Nachdem er diese Rechnung bezahlt hatte, habe er, der Kläger, sie seinen Prozeßunterlagen beigelegt. In der Folgezeit habe er vergessen, daß er im Jahre 1990 Rechtsanwaltskosten ausgelegt habe. Erst im Jahre 1992, als die Hauptverhandlung vor dem Landgericht D. begonnen habe, sei über die Kosten des gesamten Verfahrens gesprochen worden. Anlässlich dieses Gespräches habe der Rechtsanwalt auf einer Fahrt nach D. mitgeteilt, daß die Kosten für dieses Verfahren als Werbungskosten absetzbar seien. Über dieses Gespräch habe er, der Kläger, unter dem 20.5.1992 eine Gesprächsnotiz gefertigt. Diese Gesprächsnotiz hat der Kläger als Anlage zu seiner Klagebegründung vorgelegt.

Nach H. zurückgekehrt, habe er, der Kläger, aus seinen diversen Ordnern über das Verfahren die entsprechende Rechnung des Jahres 1990 herausgesucht und die Sache sodann mit seinen Prozeßbevollmächtigten besprochen. Am 29.5.1992 habe er die Rechnung seinem Prozeßbevollmächtigten übersandt. Mit Schriftsatz vom 3.6.1992 sei dann der Änderungsantrag beim Beklagten gestellt worden.

Der Kläger ist der Ansicht, weder ihn noch seinen Prozeßbevollmächtigten und steuerlichen Berater treffe an dem nachträglichen Bekanntwerden der streitigen Aufwendungen ein grobes Verschulden. Er habe die Sorgfalt, zu der er nach seinen Kenntnissen und Fähigkeiten verpflichtet und imstande sei, nicht in ungewöhnlichem Maße verletzt. Schließlich handele es sich um einen Fehler, der üblicherweise vorkomme und mit dem immer gerechnet werden müsse. Sein steuerlicher Berater, dessen Verschulden ihm ohnehin nicht zugerechnet werden könne, habe von der Erteilung der Rechnung und deren Bezahlung nichts gewußt.

Der Kläger beantragt, die die Änderung des bestandskräftigen Einkommensteuerbescheids 1990 ablehnende Verfügung des Beklagten vom 12.8.1992 sowie die Einspruchsentscheidung vom 27.6.1994 aufzuheben und den Beklagten zu verpflichten, den Einkommensteuerbescheid 1990 mit der Maßgabe zu ändern, daß weitere Werbungskosten in Höhe von 34.761,06 DM berücksichtigt werden.

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen. Er ist der Ansicht, den Kläger treffe an dem nachträglichen Bekanntwerden der streitigen Aufwendungen ein grobes Verschulden. Wenn der Kläger sich darauf berufe, schlichtweg vergessen zu haben, daß ihm die streitigen Aufwendungen im Jahre 1990 entstanden seien, so sei das nicht glaubhaft. Der Vorwurf der Ermittlungsbehörden, unter Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz an der Errichtung von Anlagen zur Produktion von Giftgas beteiligt gewesen zu sein, habe einschneidende Folgen für die Lebensumstände des Klägers gehabt. Er sei in Untersuchungshaft genommen worden und daraufhin jahrelang arbeitslos gewesen. Schließlich habe es sich bei den streitigen Aufwendungen – gemessen an dem dem Kläger zur Verfügung stehenden Nettoeinkommen –

um einen erheblichen Betrag gehandelt, der den zur Lebensführung verbleibenden Betrag empfindlich gemindert habe.

Dem Gericht haben die Einkommensteuerakten, eine Mappe Einkommensteuervorgänge 1991 und 1992 (teilweise) sowie die Rechtsbehelfsakten zur Steuernummer vorgelegen.

Die Klage ist zulässig. Sie ist auch begründet.

### **Aus den Gründen:**

Gemäß § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO sind Steuerbescheide aufzuheben oder zu ändern, soweit Tatsachen oder Beweismittel nachträglich bekannt werden, die zu einer niedrigeren Steuer führen und den Steuerpflichtigen kein grobes Verschulden daran trifft, daß die Tatsachen oder Beweismittel erst nachträglich bekannt werden. Die streitigen Aufwendungen stellen – was nach eingehender Erörterung in der mündlichen Verhandlung zwischen den Beteiligten unstreitig ist – Werbungskosten aus nichtselbständiger Arbeit dar. Ihre Berücksichtigung würde zu einer niedrigeren Steuer führen. Diese Aufwendungen sind dem Beklagten erst nach Bestandskraft des Einkommensteuerbescheids 1990 und damit „nachträglich“ i.S. von § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO bekannt geworden. Anders als der Beklagte geht der Senat davon aus, daß den Kläger kein grobes Verschulden daran trifft, daß diese Tatsache erst nachträglich bekannt geworden ist.

**Grobes Verschulden sind Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit** (vgl. BFH, BStBl II 1991, 124, 126). **Grob fahrlässig handelt der Steuerpflichtige, wenn er die Sorgfalt, zu der er nach seinen persönlichen Kenntnissen und Fähigkeiten verpflichtet und imstande ist, in ungewöhnlichem Maße und in nicht entschuldbarer Weise verletzt oder die einfachsten, ganz naheliegenden Überlegungen nicht anstellt** (vgl. Tipke/Kruse, Rdn. 31a zu § 173 AO m.w.N.).

So liegt der Fall hier nicht. Der Kläger hat nicht grob fahrlässig gehandelt. Dabei kommt dem teilweise widersprüchlichen Vorbringen des Klägers über das Auffinden des Zahlungsbelegs, das im übrigen in der mündlichen Verhandlung wiederum teilweise aufgeklärt werden konnte, nach Auffassung des Senats keine entscheidende Bedeutung zu. Als fahrlässig könnte allenfalls die Behandlung des Belegs durch

den Kläger bezeichnet werden, die ein im zeitlichen Zusammenhang mit der Vorbereitung der Einkommensteuererklärung 1990 rechtzeitiges Wiederauffinden unmöglich machte.

Aufgrund des persönlichen Eindrucks des Klägers in der mündlichen Verhandlung und seiner Schilderung der Umstände der Entwicklung seiner persönlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und familiären Verhältnisse im zeitlichen Zusammenhang mit der Eröffnung des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens und der Inhaftierung geht der Senat davon aus, daß den Kläger jedenfalls kein **grobes** Verschulden an dem verspäteten Bekanntwerden der Kostenrechnung trifft. **Der Kläger war kein versierter und mit steuerlichen Angelegenheiten vertrauter Kaufmann. Er war vielmehr Maschinenbautechniker, Schlossermeister und Ingenieur.** Als solcher war er als Angestellter im technischen Bereich für die AG Bauwesen und als technisches Mitglied der Geschäftsführung für eine GmbH tätig. Gegenstand des Unternehmens war ausweislich der Eintragung in das Handelsregister insbesondere der Handel mit Geräten und Anlagen sowie die Erbringung von Ingenieurleistungen. Dort war der Kläger für den gesamten technischen Bereich einschließlich technischer Angebotsvorbereitung, Einkauf, Planung und technischer Abwicklung zuständig.

**Nachdem der Kläger aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, seine Firma zusammengebrochen war, die Bankkredite gekündigt waren, die Angestellten entlassen werden mußten, seine Ehe zerbrochen war und er seine Wohnung und Geschäftsräume verlassen mußte, nimmt der Senat dem Kläger ab, daß ihm andere Dinge zunächst wichtiger erschienen und tatsächlich einer schnelleren Regelung bedurften als die ordnungsgemäße Ablage eines Beleges, dessen steuerliche Relevanz der Kläger nicht erkannt hatte.** Wenn der Kläger bei dieser Ausgangslage vergaß, seinen steuerlichen Berater bei der Zusammenstellung der Einkommensteuererklärungsunterlagen für 1990 im Frühsommer 1991 zu fragen, ob die streitigen Aufwendungen in irgendeiner Weise steuermindernd geltend gemacht werden könnten, ist ihm dies unter Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisse, Fähigkeiten und Mög-

lichkeiten zu jenem Zeitpunkt nicht als grob fahrlässiges Verhalten vorzuwerfen.

Vielmehr hätte es zu den Obliegenheiten seines ihn damals schon viele Jahre betreuenden steuerlichen Beraters gehört, der die außergewöhnliche Situation des Klägers kannte und von der vorübergehenden Inhaftierung des Klägers wußte, ihn – den Kläger – bei der Zusammenstellung der Steuererklärungsunterlagen für 1990 im Frühjahr bzw. Frühsommer 1991 zu befragen, ob ihm im Zusammenhang mit dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, das mit der früheren beruflichen Tätigkeit des Klägers zusammenhing, noch eventuell steuerlich relevante Aufwendungen wie z.B. Gerichts- und Rechtsanwaltskosten oder andere Auslagen entstanden seien.

**Das Unterlassen dieser Fragen stellt einen Beratungsfehler dar. Die mangelhafte steuerliche Beratung aber kann dem Kläger nicht als eigenes Verschulden i.S. von § 173 Abs.**

**1 Nr. 2 AO zugerechnet werden.** Ein solches dem Kläger zurechenbares Fremdverschulden könnte allenfalls in Betracht kommen, wenn der steuerliche Berater in Kenntnis der Aufwendungen deren Geltendmachung unterlassen hätte. Eine positive Kenntnis des steuerlichen Beraters von den streitigen Aufwendungen vor Bestandskraft der Einkommensteuerveranlagung 1990 hat der Senat jedoch nicht feststellen können.

Nach allem hat die Klage Erfolg. Der Beklagte war daher zu verpflichten, einen entsprechend geänderten Einkommensteuerbescheid für 1990 zu erlassen.

## GI Leitsätze

### Steuerberaterhaftung / Zwei-Konten-Modell / Schaden?

1. Das Darlehen einer Personengesellschaft an einen Gesellschafter ist als betrieblich veranlaßt anzusehen, wenn die Darlehenshingabe aus Sicht der Gesellschaft zu marktüblichen Konditionen erfolgt; die Art der Verwendung der Darlehensmittel ist in diesem Falle unerheblich.

2. Das sogenannte Zwei-Konten-Modell führt nicht grundsätzlich zu einem Vermögensvorteil des Mandanten. Ein Schadenersatzanspruch wegen eines Beratungsverschuldens setzt deshalb voraus, daß der Anspruchsteller eine konkrete Vergleichsberechnung aufmacht zwischen der Vermögenslage bei Abwicklung über ein einziges Konto und derjenigen bei Abwicklung über das Zwei-Konten-Modell.

(KG, Urt. v. 6.2.1997 – 12 U 6986/95, StB 1997, 240)

### Wiedereinsetzungsantrag / Krankheit als Wiedereinsetzungsgrund

Wird unter Hinweis auf Erkrankung Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt, müssen Art und Schwere der Erkrankung dargetan und regelmäßig durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft gemacht werden (Bestätigung der bisherigen Rechtsprechung).

(BFH, Beschl. v. 18.12.1996 – XI B 150–152/96, BFH/NV 1997, 425)

### GmbH-Geschäftsführer / Sequestration / Untreue, § 266 StGB

Zur rechtlichen Möglichkeit des Geschäftsführers, nach Bestellung eines Sequesters eine Untreue zum Nachteil der GmbH zu begehen (Leitsatz nicht amtlich).

(BGH, Urt. v. 12.12.1996 – 4 StR 489/96, wistra 1997, 146)

### Empfehlung in Zeitungen / Versierter Ansprechpartner / Verstoß gegen UWG?

Zur Frage der Wettbewerbsförderungsabsicht bei einem in einem Pressebericht über eine bestimmte, als steuerlich vorteilhaft dargestellte Kapitalanlage enthaltenen Hinweis der Redaktion, für die Rechts- oder Steuerberatung bei der Ausarbeitung des Vertrags einen „Versierten Ansprechpartner“ benennen zu können.

(BGH, Urt. v. 28.11.1996 – I ZR 184/94, NJW 1997, 1304 = WM 1997, 937 = AnwBl 1997, 281 = DStR 1997, 438)

## GI Hinweise

1. Die Globalisierung der Wirtschaft führt zu vermehrten Tätigkeiten von Geschäftsführern, Vorstandsmitgliedern und ihren Beratern im Ausland. Hierdurch werden Fragen zur Besteuerung aufgeworfen. In der Neuerscheinung von BELLSTEDT, Geschäftsführer und Vorstände im Internationalen Steuerrecht, werden einerseits Ausländer und Personen mit ausländischem Wohnsitz, die in deutschen Gesellschaften tätig sind, sowie auch Inländer, die als Direktoren ausländischer Gesellschaften arbeiten, angesprochen. Die Darstellung von BELLSTEDT enthält eine Vielzahl konkreter Beispiele, die verdeutlichen, welchem Staat das Besteuerungsrecht zusteht und nach welchen Vorschriften es sich richtet.

Die Neuerscheinung informiert über die Einkommenbesteuerung auf der Basis des Deutschen Einkommensteuergesetzes und unterscheidet die Fälle der unbeschränkten und der beschränkten Steuerpflicht. Bei einer Entsendung von Ausländern nach Deutschland werden konkrete Antworten auf die Fragen zur doppelten Haushaltsführung, zum Kinderfreibetrag, zum Unterhalt an Angehörige im Ausland und zu Auslandsfreibeträgen für Auslandskinde gegeben. Bei Entsendung eines Inländers ins Ausland werden die Fragen der vorübergehenden oder längerfristigen Auslandstätigkeit erörtert. Die Neuerscheinung von BELLSTEDT ist eine Hilfe in jeder Steuerberatungspraxis.

BELLSTEDT, Geschäftsführer und Vorstände im Internationalen Steuerrecht, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1996, 100 Seiten, DM 49,-, ISBN 3-504-26942-1

2. Das Handbuch der GmbH & Co. von Hesselmann/Tillmann wird in 18. Auflage „rund-erneuert“ vorgelegt. Hintergrund der Neuauflage ist zum einen die Tatsache, daß die Voraufgabe bereits sechs Jahre alt ist und zum anderen der Umstand, daß durch das neue Umwandlungsgesetz und das Umwandlungssteuergesetz gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Möglichkeiten eröffnet wurden, die einer Erörterung bedürfen. Das Handbuch ist grundlegend aktualisiert worden und wendet sich vor allem an den Praktiker in der Rechts-

und Steuerberatung. Die Autoren sind erfahrene Steueranwälte und Steuerberater, die sich im Bereich der Personengesellschaft und Kapitalgesellschaft auskennen. Da der Weg der Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft vom Gesetzgeber freige-macht wurde, hat das Handbuch der GmbH an Attraktivität noch gewonnen.

Hesselmann/Tillmann, Handbuch der GmbH & Co., Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, RA Dr. Bert Tillmann, Fachanwalt für Steuerrecht, unter Mitarbeit von Dipl.-Finanzwirt Karl-Heinz Günther, RA Dipl.-Kfm. Dr. Jörg Rodewald, RA Dr. Andreas Schmidt, Fachanwalt für Steuerrecht; 18. neubearbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 1997, 841 Seiten, 188,- DM, ISBN 3-504-32517-8

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1-11, 1997)

### Abschlußprüfung

- Bewertung, GmbH-Beteiligung	97, 217
- Bilanzverschönerungsabsprache	97, 217
- Fortsetzungsprüfung	97, 173
= eingeschränkter Bestätigungsvermerk	97, 173
- und Steuerberatung, § 319 HGB	97, 2
- Prüfungsumfang	97, 242
- Sittenwidrige Schädigung	97, 242
- Sonderprüfungen	97, 242
- Unterschlagungen	97, 242
- Vollständigkeitserklärung, unrichtige	97, 217

### Adelstitel

- Vermittlung des -	97, 11
---------------------	--------

### Allgemeine Auftragsbedingungen des WP

- Haftungsbegrenzung, Nr. 9 AGB 1983	97, 83
--------------------------------------	--------

### Anderkonto

- Treuhandbindung	97, 96
-------------------	--------

### Anwaltsvertrag

- Auslegung	97, 185
-------------	---------

### Aufrechnung

- Rechtskraft	97, 214
---------------	---------

### Auskunftsvertrag

- Stillschweigender Abschluß	
= Bilanz	97, 39, 191
= Verhandlungen	97, 39



**Bekanntgabe des Steuerbescheides**

- an Mandanten statt an Bevollmächtigten 97, 54

**Belehrungspflicht des RA**

- Frachtvertrag 97, 109
- Mandatsende 97, 109

**Belehrungspflicht des StB/WP**

- Familienvertrag 97, 149, 268
  - = Durchführung des – 97, 268
- Fremdvergleich 97, 149
- gegenüber GmbH-Geschäftsführer
  - = wg. Gefahren der vGA 97, 159

**Berichtigung, § 173 AO**

- Grobes Verschulden
  - = des Steuerberaters 97, 276
  - = des Steuerpflichtigen 97, 54, 255, 276
- Zurechnung des Beraterverschuldens 97, 276

**Berufshaftpflichtversicherung**

- Wirtschaftsprüfung
  - = rückwirkende Deckungszusage 97, 229

**Berufungsbegründungsfrist**

- Verlängerungsantrag
  - = Erkrankung der Partei 97, 60
  - = 1. Verlängerungsantrag 97, 162

**Beweislast**

- Fälligkeitsbestätigung 97, 211
- Fehlberatung 97, 117
  - = Immobilienerwerb 97, 128
  - = Substantiierung 97, 117
- Kausalität, Notarfehler/Schaden 97, 211
- Kündigungsgrund 97, 6

**Bilanzerstellung**

- Abschlußvermerk 97, 191
- Bescheinigung
  - = Ordnungsmäßigkeit der Buchführung 97, 81
- Dritthaftung 97, 39, 81
- Mitteilung des Mandanten
  - = Warenvorräte 97, 191
- Prüfungspflichten
  - = Bewertung der Waren und Forderungen d. u. 97, 191
  - = Warenbestand 97, 191
- Rohaufschlagssätze 97, 191
- Wareneinsatz 97, 191

**Bußgeld**

- Schaden 97, 32

**Darlegungslast, Regreßanspruch**

- Beratungsfehler 97, 117
- Schaden
  - = Veräußerungsgewinn, §17, 1, 5 EStG 97, 69
  - = Zwei-Konten-Modell 97, 225

**Dienstleistungsfreiheit, Art. 59 EGV**

- Rechtsberatungsgesetz 97, 229

**Dritthaftung**

- Stillschweigender Auskunftsvertrag
  - = Bilanz 97, 39, 191
  - = Verhandlungen 97, 39

- Vertrag mit Schutzwirkung

- zugunsten Dritter
  - = Bilanzerstellung 97, 39, 81, 191
  - = gegenläufige Interessen 97, 191
  - = Kreditgeber 97, 191
  - = Mittelverwendungskontrolle 97, 71
  - = Testathaftung 97, 39, 197

**EDV-Fristenkalender**

- Büroorganisation, Fristenkalender 97, 107
- Störfall 97, 107

**Ehescheidung**

- Steuerrückerstattung 97, 240

**Erbenhaftung**

- Vorbehaltserklärung 97, 171

**Erfüllungsgehilfe**

- zwei Rechtsanwälte 97, 185

**Familienverträge**

- Anforderung des Vertrages? 97, 268
- Fremdvergleich 97, 149
- Grundstücksverkauf, Rückanmietung 97, 262
- Prüfungspflichten 97, 268

**Finanzamt**

- Versäumnisse des FA 97, 50

**Fortbildungsveranstaltung**

- Werbungskosten 97, 50

**Frachtvertrag**

- Verjährungseintritt 97, 109

**Freiberufler**

- Unternehmensberater 97, 154

**Fristenkontrolle**

- Ausgangskontrolle
  - = Portobuch 97, 228
  - = Telefax 97, 239
- Fristenkontrollbuch
  - = EDV-gestütztes 97, 107
  - = Erledigungs-Kontrolle 97, 237
  - = Portobuch/Postausgangsbuch 97, 228
  - = Mitteilung des Gerichts 97, 263
- Fristenüberwachung durch RA
  - = bei Aktenvorlage 97, 164
  - = 1. Fristverlängerung, Berufungsbegründung 97, 162
- Fristversäumnis, unverschuldetes
  - = Aktenvorlage, RA 97, 205
  - = Faxübermittlung 97, 255
  - = Krankheit der Ehefrau 97, 2
  - = Rechtsirrtum, Revisionsfrist 97, 106
  - = Unterschriftskontrolle 97, 132
- Organisationsanweisung
  - = EDV-Störfall 97, 107
  - = Mitteilung des Gerichts 97, 263

**Gaststätten-Pachtvertrag**

- 97, 16

**GI Aktuell**

- Häusliches Arbeitszimmer
  - = im Haus des Ehegatten 97, 2
- 97, 54

– Bilanzbuchhalter gg. StBerG	97, 80	= sonstige Tätigkeiten	97, 250
– Kinderlastenausgleich 1987/88/91	97, 262	= unwirksame Vereinbarung	97, 132
– Körperbehinderte		– Praxistreuhand	97, 51
– Fahrstuhlumbau	97, 210	– Verjährung des –	
– Kfz.-Kosten	97, 132	– Abschlagszahlung, Verjährungs-	
– Standardsoftware, Umsatzsteuer	97, 132	– unterbrechung	97, 29
– Vermögensteuer	97, 184	– Beweislast für –	97, 250
– Vorfälligkeitsentschädigung	97, 184	– Verzicht auf –	97, 45
– Wucher, Arbeitsverhältnis	97, 184	– Verjährungsbeginn	
– Zinsbesteuerung verfassungsgemäß	97, 80, 158	– mit Fälligkeit	97, 29
<b>GmbH</b>		– Verjährungsunterbrechung	
– Geschäftsführer		– Abschlagszahlung	97, 29
– Steuerhaftung	97, 2	– Zeitgebühr	
<b>Haftungsbeschränkung</b>		– § 21 Abs. 1 StBGebV?	97, 150
– Haftungshöchstsumme 500.000 DM		– Einrichten der Buchführung	97, 226
– Nr. 9 AGB/WP 1983	97, 83	– Kassenbuch	97, 250
<b>Hausverwaltung</b>		– Rechnungsinhalt	97, 150
– Honorar	97, 45	<b>Immobilienwerb</b>	
– Nachbesserungsrecht	97, 45	– Fehlberatung	97, 128
<b>Honoraranspruch des RA</b>		– Schaden	97, 128
– Abtretung des –	97, 6	<b>Information an Vorberater</b>	
<b>Honoraranspruch des StB</b>		– Klagefrist	97, 3
– Abschlagszahlung		<b>Internet</b>	
– Verjährungsunterbrechung	97, 29	– Werbeverbot	97, 228
– Anerkenntnis des Mandanten	97, 45	<b>Investitionszulage</b>	
– Besprechungsgebühr, § 31 StBGebV		– Unterschrift	97, 132
– mit Finanzamt	97, 250	– Wiedereinsetzung	97, 132
– Buchführung		<b>Kausalität</b>	
– Einrichten der –, §§ 32, 13 StBGebV	97, 226	– zwischen Amtspflichtverletzung	
– Kontieren, § 32 Abs. 2 StBGebV	97, 226	– und Schaden	
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		– vorzeitige Fälligkeitsbestätigung	97, 211
– „Allgemeine Beratung“	97, 152	– zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden	
– Erläuterungen	97, 150	– Anscheinsbeweis	97, 81
– Mahnschreiben	97, 167	– Unterbrechung der Kausalität	
– Nachprozeß	97, 152	– Handlung des Geschädigten	97, 62
– Prozeßvortrag	97, 152	– Familiäre Rücksichtnahme	97, 57
– Rahmengebühr	97, 252	– Beratungskonformes Verhalten	97, 57
– Unterschrift	97, 167	– Ungesicherte Vorleistung	97, 57
– Zeitgebühr	97, 150	<b>Klageauftrag</b>	
– Entstehung des –	97, 252	– oder tatsächliche Verständigung?	97, 269
– Fälligkeit, § 7 StBGebV		<b>Konkursverwalter</b>	
– Erledigung	97, 150, 250	– Aussonderungsrechte	
– Mandatskündigung	97, 252	– Sachenrecht, Internationales	97, 124
– ohne Rechnung?	97, 29	– Vorbehaltskauf	97, 124
– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		– Neugeschäft	
– Bestimmungsrecht, Festlegung	97, 169, 177	– Masseschuld, § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO?	97, 46
– Hausverwaltung	97, 45	– Umsatzsteuer, § 58 Nr. 2 KO	97, 46
– Hinweis auf Formvorschriften	97, 23	– Steuerhaftung	97, 46
– Honorarvereinbarung, unwirksame	97, 23	<b>Kostenfestsetzung</b>	
– Auslegung	97, 177	– Fehlerhafte Rechtspflege-Entscheidung	
– Unwirksamkeit	97, 23	– Vollstreckungsgegenklage	97, 214
– Kassenbuch	97, 250	<b>Kündigung des Mandats</b>	
– Mittelgebühr		– fristlose –, § 627 BGB	97, 6
– Kontierung	97, 226	<b>Liehaberei</b>	
– nach Kündigung	97, 274	– Rechtsanwaltschaft	97, 228
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV			
– Kenntnis der Nichtigkeit	97, 223		
– nichtige –, Vergütungsanspruch	97, 23, 169, 177, 223		

## **Mandantengelder**

- Herausgabebanspruch 97, 11
- Nichtiger Mandatsvertrag 97, 11

## **Mandantenpflichten**

- Informationen an RA 97, 16

## **Mandatsübernahme**

- Belehrungspflicht  
= des Altberaters 97, 55, 109
- Klagefrist 97, 3
- Nachfrage beim Vorberater? 97, 3

## **Mittelverwendungskontrolle**

- Dritthaftung 97, 71
- Sicherstellung des Anlegers 97, 71
- Verjährung, berufsrechtliche? 97, 71
- Überlegene Sachkunde  
= Mandant, Jurist 97, 109

## **Mitverschulden**

- bei Auskunftshaftung 97, 133
- Erfüllungsgehilfe des Mandanten 97, 185
- Informationen an RA  
= durch Dritte 97, 185
- Informationen an StB 97, 32
- Schriftformklausel 97, 159
- Vollständigkeitserklärung 97, 217
- Vorsatz des Geschädigten 97, 217

## **Nachbesserung**

- Mängel in der Hausabrechnung 97, 45
- Recht des StB 97, 252

## **Nachforderungszinsen, § 233 a AO**

- Verstoß gegen Treu und Glauben 97, 50

## **Nachvertragliche Pflichten**

- Belehrungspflicht, Gestaltungsrechte 97, 55
- Mandatsende, Verjährung 97, 109

## **Notar**

- Amtshandlung 97, 133
- Anderkonto  
= Treuhandbindung 97, 96
- Anwaltsnotar  
= Abgrenzung RA-Haftung 97, 133
- Auskunft 97, 165
- Bescheinigung 97, 133
- DDR-Grundstück  
= Zusammenhang mit Ausreise 97, 264
- Ersatzmöglichkeit, anderweitige (Subsidiarität)  
= Erlöserwartung, ungewisse 97, 57  
= Konkursquote 97, 57
- Mitteilungspflichten, § 54 EStDV 97, 154
- Rechtmäßiges Alternativverhalten  
= Fälligkeitsbestätigung 97, 211
- Treuhandgelder  
= Ausreichende Sicherheiten 97, 96  
= 97, 133
- Vorleistungen, ungesicherte 97, 57

## **Partnerschaft**

- Firma „und Partner“ 97, 102
- mit Wirtschaftsprüfer 97, 102

## **Praxistreuhand**

- Honorarforderung 97, 51

## **Praxiswert**

- Abnutzungsdauer 97, 256

## **Prozeßauftrag**

- Fehler des Gerichts 97, 62

## **Prozeßvollmacht**

- Ausschlußfrist zur Vorlage 97, 77
- Inhalt 97, 228

## **Rechtsanwalt**

- Beratungspflichten  
= Verjährungsunterbrechung 97, 267
- Erbenhaftung, beschränkte 97, 171
- Liebhaberei 97, 228
- Sachverhaltsermittlung 97, 16
- Scheidungsverbundverfahren  
= Abfindung des Arbeitgebers 97, 229
- Vergleich, Geschäftsunfähigkeit 97, 262
- Vertreter, amtlich bestellter 97, 262

## **Rechtsberatung / Rechtsbesorgung**

- Gesellschaftsverträge 97, 226
- Forderungseinzug, Ausländer 97, 229
- Honoraranspruch 97, 226
- Mietvertrag 97, 175
- durch Steuerberater 97, 175
- Vermögensabwicklung, Ehescheidung 97, 240
- durch Wirtschaftsprüfer  
= Wirtschaftsberatung 97, 226
- Steuerberatungsvertrag 97, 175

## **Rechtskraft, § 322 ZPO**

- Abgelehnte Aufrechnung 97, 214
- Durchbrechung, § 826 BGB 97, 214

## **Revision**

- Frist, Wiedereinsetzung 97, 106

## **Sachverhaltsermittlung**

- durch RA 97, 16

## **Schaden**

- Anwaltskosten zur Schadenabwendung 97, 185
- Bußgeld 97, 32
- Entnahme 97, 141
- Ermessensentscheidung 97, 269
- Gerichtsentscheidung 97, 269
- Immobilienerwerb 97, 128
- Stille Reserven, Aufdeckung 97, 141
- Privatgutachten 97, 62
- Verschmelzung, Kapitalgesellschaften 97, 113
- Zwei-Konten-Modell 97, 225

## **Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB**

- Abschlußprüfung 97, 242
- Erwerb eines Adelstitels 97, 11
- Rechtskraft, Durchbrechung 97, 214
- Testat ohne Prüfung 97, 191, 242

## **Sozietät**

- Gesamtschuldner 97, 147
- Steuerberater und Rechtsanwalt 97, 147

<b>Splittingtarif</b>			
– Zustimmungspflicht	97, 240	– Haftpflichtversicherung	97, 25
		– Rechtsschutz und Zahlungsanspruch	97, 25
<b>StB-GmbH</b>		<b>Verdeckte Gewinnausschüttung</b>	
– IHK-Mitgliedschaft	97, 158	– Belehrung des GmbH-Geschäftsführers	97, 159
– Verschmelzung mit Handelsgewerbe	97, 153	<b>Verjährung</b>	
<b>Steuerberater</b>		<b>(§ 51 b BRAO n. F., § 51 BRAO a. F.)</b>	
– Aufsichtsrat	97, 50	– Arglisteinwand	97, 16
– Gewerbliche Tätigkeit	97, 50	– Verjährungsbeginn	
– Vertretung des Gesellschafters	97, 50	= Schadenentstehung	97, 16
– Gewerbebetrieb des Steuerberaters	97, 50	= Schadenentstehung und	
		= Mandatsende	97, 16
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		= Vertragsberatung	97, 16
– Nichtigkeit, § 134 BGB		– Verjährungshemmung	97, 16
= unerlaubte Rechtsberatung	97, 175	<b>Verjährung, § 195 BGB</b>	
<b>Steuerfahndung</b>		– Mittelverwendungskontrolle	97, 71
– Verwertung bei Veranlagung	97, 255	<b>Verschmelzung</b>	
<b>Steuerhaftung</b>		– Kapitalgesellschaften	97, 113
– GmbH-Geschäftsführer		– Schadenentstehung	97, 113
= Strohmann	97, 2	<b>Verschwiegenheit</b>	
<b>Steuerhinterziehung</b>		– Honorarabtretung	97, 6
– USt-Vorauszahlung	97, 262	– Honorarprozeß	97, 169
<b>Steuerverkürzung</b>		<b>Versicherungsschutz</b>	
– Leichtfertige –	97, 93	– Wissentliche Pflichtverletzung	
– durch Steuerberater	97, 93	= Notaranderkonto,	
– Unrichtige Angaben	97, 93	= ungeprüfte Auszahlung	97, 36
<b>Tatsächliche Verständigung</b>		= Risikoausschluß	97, 36
– oder Klage?	97, 269	= des Treuhänders	97, 97
<b>Telefax</b>		– Sozietätsdeckung	
– Ausgangskontrolle	97, 239	= Risikoausschluß eines Sozios	97, 36
– Funktionsfähigkeit	97, 255	<b>Verzug</b>	
<b>Testat</b>		– des Steuerberaters	97, 150
– Verantwortungsbereich	97, 39, 191	– Mahnung	97, 211
– Warenlager, Inventur	97, 191	<b>Vollstreckungsgegenklage, § 767 ZPO</b>	
<b>Treuhänder</b>		– Fehlerhafte Rechtspflege-Entscheidung	97, 214
– Nichtiger Mandatsvertrag	97, 11	<b>Vorberater</b>	
– Prüfungspflichten		– Mandatsübernahme	97, 3
= Übertragungsmöglichkeit der –	97, 97	<b>Vorteilsausgleichung</b>	
– Verdeckter –		– Privatgutachten, überflüssiges	97, 62
= Vorsteuerabzug	97, 83	<b>Werbeverbot</b>	
– Versicherungsschutz	97, 97	– Briefbogengestaltung	97, 210
<b>Umsatzsteuer</b>		– Bürogemeinschaft RA, StB	97, 50
– Vorsteuerabzug		– Internationale Sozietät	97, 2
= verdeckte Treuhandchaft	97, 83	– Internet	97, 228
<b>Unternehmensberater</b>		– Messestand	97, 51
– freiberufliche Tätigkeit	97, 154	– Praxisbroschüre	97, 51
<b>Unterschrift</b>		<b>Wettbewerbsverbot</b>	
– Investitionszulageantrag	97, 132	– Nachvertragliches –	97, 210
– Wiedereinsetzungsantrag	97, 132	– Sittenwidrigkeit	97, 210
<b>Untreue, § 266 StGB</b>		<b>Wiedereinsetzung</b>	
– Faktische Herrschaft	97, 203	– Antrag	
<b>Umwandlung</b>		= Aktenvorlage	97, 205
– Verschmelzung, fehlerhafte	97, 113	= Begründung	97, 228
<b>Verjährung § 12 VVG</b>		= Frist, § 234 Abs. 1 ZPO	97, 164, 205,
– Beginn	97, 25		228, 237

– Berufungsbegründungsfrist (s. dort)		BGH v. 24. 10. 1996 – IX ZR 4/96	97, 55
– Fristenkontrolle (s. dort)		= NJW 1997, 254 = WM 1997, 77	
– Darlegung, Organisation der –	97, 228	= BB 1997, 16 = DB 1997, 224	
– Darlegungslast, Absetzung	97, 228	BGH v. 24. 10. 1996 – VII ZB 25/96	97, 162
– Fristversäumnis, unverschuldetes		BGH v. 7. 11. 1996 – 4 StR 423/96	97, 203
– Erkrankung der Ehefrau	97, 2	BGH v. 14. 11. 1996 – IX ZR 215/95	97, 32
– Glaubhaftmachung		= NJW 1997, 518 = WM 1997, 328	
– eidesstattliche Versicherung	97, 255	BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 159/95	97, 29
– Rechtsirrtum		= NJW 1997, 516 = WM 1997, 330	
– Revisionsfrist	97, 106	= Wpg 1997, 98	
<b>Wirtschaftsprüfer</b>		BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 182/95	97, 133
– Berufshaftpflichtversicherung	97, 229	BGH v. 21. 11. 1996 – IX ZR 220/95	97, 211
– Partnerschaft	97, 102	BGH v. 28. 11. 1996 – I ZR 184/94	97, 279
<b>Zugang</b>		= NJW 1997, 1304 = WM 1997, 937	
– Zugangsvermutung, § 122 AO		= AnwBl 1997, 281 = DStR 1997, 438	
– Berechnung der Drei-Tages-Frist	97, 50	BGH v. 28. 11. 1996 – IX ZR 39/96	97, 109
– Postfach	97, 106	= NJW 1997, 1302 = WM 1997, 321	
– Zweifel am Zugang	97, 50	= MDR 1997, 398	
<b>Zurückbehaltungsrecht</b>		BGH v. 5. 12. 1996 – IX ZR 61/96	97, 113
– an Arbeitsergebnissen	97, 252	= NJW 1997, 1001 = WM 1997, 333	
– als Druckmittel	97, 252	BGH v. 5. 12. 1996 – IX ZR 67/96	97, 214
<b>Zusammenveranlagung</b>		BGH v. 10. 12. 1996 – VI ZB 16/96	97, 205
– Pflicht zur –	97, 240	BGH v. 12. 12. 1996 – IX ZR 214/95	97, 83
<b>Zwei-Konten-Modell</b>		= NJW 1997, 1008 = WM 1997, 335	
– Schaden, Darlegungslast	97, 225	= DB 1997, 673	
		BGH v. 12. 12. 1996 – 4 StR 489/96	97, 279
		= wistra 1997, 146	
BGH v. 29. 1. 1996 – II ZR 286/84	97, 210	BGH v. 13. 12. 1996 – V ZR 134/95	97, 264
= Stbg 1997, 19		BGH v. 19. 12. 1996 – IX ZR 327/95	97, 81
BGH v. 25. 4. 1996 – I ZR 106/94	97, 2	= WM 1997, 359 = NJW 1997, 1235	
= AnwBl 1996, 471		= DStR 1997, 271	
BGH v. 30. 4. 1996 – VII ZR 369/95	97, 191	BGH v. 13. 3. 1997 – IX ZR 81/96	97, 185
BGH v. 9. 5. 1996 – IX ZR 244/95	97, 124	BGH v. 8. 4. 1997 – VI ZB 8/97	97, 237
BGH v. 20. 6. 1996 – IX ZR 106/95	97, 16	BGH v. 15. 4. 1997 – IX ZR 70/96	97, 159
= NJW 1996, 2929 = WM 1996, 1832		BGH v. 24. 4. 1997 – 9 Z B 29/97	97, 263
= AnwBl 1996, 637		BGH v. 1. 7. 1997 – XI ZR 197/96	
BGH v. 2. 7. 1996 – IX ZR 299/95	97, 57	und XI ZR 267/96	97, 184
= NJW 1996, 3009 = WM 1996, 2071			
= DB 1996, 1868			
BGH v. 4. 7. 1996 – VII ZB 14/96	97, 60		
= NJW 1996, 3155 = VersR 1997, 132			
= BB 1996, 2168			
BGH v. 4. 7. 1996 – V ZB 15/96	97, 239	BayOLG v. 2. 8. 1996 – 3 Z BR 73/96	97, 102
BGH v. 9. 10. 1996 – XII ZB 152/96	97, 164	= ZIP 1996, 1702	
BGH v. 10. 10. 1996 – III ZR 205/95	97, 11	Brandenburgisches OLG v. 20. 6. 1995	97, 165
= NJW 1997, 47 = DB 1997, 89		– 6 W 5/95	
= ZIP 1996, 2113		OLG Braunschweig v. 8. 3. 1996	
BGH v. 10. 10. 1996 – IX ZR 294/95	97, 62	– Ss (B) 100/95	97, 93
= NJW 1997, 250 = WM 1997, 72		= wistra 1996, 319	
BGH v. 10. 10. 1996 – VII ZB 31/95	97, 107	OLG Celle v. 9. 2. 1994 – 3 U 83/93	97, 132
BGH v. 17. 10. 1996 – IX ZR 37/96	97, 6	= DStR 1994, 630	
= NJW 1997, 188 = WM 1996, 2244		OLG Celle v. 26. 4. 1996	
= DStR 1997, 39		– 2 Ss (Owi) 95/96	97, 154
		= wistra 1996, 320	

OLG Celle v. 5. 6. 1996 – 13 U 263/95, n. rkr. = DStR 1996, 1223		OLG Hamm v. 6. 11. 1996 – 25 U 47/96	97, 175
OLG Celle v. 18. 12. 1996 – 3 U 35/96	97, 128	OLG Köln v. 22. 4. 1993 – 1 U 63/92	97, 169
OLG Düsseldorf v. 12. 1. 1995 – 13 U 90/93	97, 45	OLG Köln v. 21. 3. 1996 – 18 U 100/95	97, 71
OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1995 – 15 U 215/93	97, 39	OLG Köln v. 3. 5. 1996 – 11 U 252/95 = StB 1997, 77	97, 147
OLG Düsseldorf v. 7. 12. 1995 – 10 U 172/93	97, 267	OLG Köln v. 8. 5. 1996 – 27 U 81/95	97, 177
OLG Düsseldorf v. 7. 12. 1995 – 13 U 196/94	97, 269	OLG Köln v. 13. 12. 1996 – 19 U 114/96 = VersR 1997, 697	97, 229
OLG Düsseldorf v. 8. 2. 1996 – 13 U 38/95	97, 23	OLG Koblenz v. 13. 2. 1997 – 6 U 1500/96 = WPK-Mitt 1997, 153	97, 228
OLG Düsseldorf v. 14. 3. 1996 – 13 U 3/95	97, 69	OLG Zweibrücken v. 16. 1. 1997 – 4 U 47/96	97, 117
OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1996 – 13 U 68/95	97, 250		
OLG Düsseldorf v. 20. 6. 1996 – 13 U 100/95	97, 150		
OLG Düsseldorf v. 27. 6. 1996 – 5 U 11/96	97, 242	LG Berlin v. 16. 7. 1996 – 36 O 789/95, n. rkr.	97, 2
OLG Düsseldorf v. 20. 7. 1996 – 13 U 101/95	97, 274	LG Bochum v. 30. 9. 1996 – 3 O 163/96	97, 173
OLG Düsseldorf v. 5. 12. 1996 – 13 U 217/95	97, 167	LG Darmstadt v. 16. 3. 1996 – 2 O 520/95 = DStR 1996, 1584	97, 51
OLG Düsseldorf v. 5. 12. 1996 – 13 U 247/95	97, 268	LG Düsseldorf v. 9. 11. 1994 – 11 O 645/93	97, 97
OLG Düsseldorf v. 12. 12. 1996 – 13 U 208/95	97, 152	LG Düsseldorf v. 17. 8. 1995 – 45 StL 8/95, rkr. = DStR 1996, 847	97, 50
OLG Düsseldorf v. 19. 12. 1996 – 13 U 232/95	97, 240	LG Saarbrücken v. 19. 4. 1995 – 9 O 463/94	97, 96
OLG Düsseldorf v. 23. 1. 1997 – 13 U 233/95	97, 226		
OLG Düsseldorf v. 27. 2. 1997 – 13 U 23/96	97, 252		
OLG Hamburg v. 25. 9. 1996 – 5 U 208/95	97, 217		
OLG Hamm v. 8. 12. 1995 – 25 U 174/94	97, 225	BFH v. 7. 12. 1995 – III R 12/91 = BFH/NV 1996, 680	97, 3
OLG Hamm v. 24. 1. 1996 – 25 U 72/95	97, 223	BFH v. 13. 2. 1996 – VII B 245/95 = BFH/NV 1996, 657	97, 2
OLG Hamm v. 30. 5. 1995 – 28 U 26/95	97, 25	BFH v. 16. 2. 1996 – I R 61/95 = BFH/NV 1996, 708	97, 179
OLG Hamm v. 22. 9. 1995 – 20 U 38/95 = AnwBl 1996, 237	97, 36	BFH v. 21. 3. 1996 – X R 100/95 = BFH/NV 1996, 694	97, 2
OLG Hamm v. 13. 12. 1995 – 25 U 19/95	97, 141	BFH v. 26. 3. 1996 – IX R 62/93 = BFH/NV 1996, 797	97, 50
OLG Hamm v. 26. 9. 1996 – 15 W 151/96 = GmbH-StB 1997, 37	97, 153	BFH v. 1. 4. 1996 – X R 97/95 = BFH/NV 1997, 90	97, 106
		BFH v. 22. 4. 1996 – XI B 2/96 = BFH/NV 1996, 727	97, 50



BFH v. 29.5.1996 – 1 R 42/95 = BFH/NV 1997, 1	97, 54	BdF-Schreiben v. 14.3.1997 – IV B 2 – S 2244 – 3/97	97, 154
BFH v. 26.6.1996 – X R 97/95 = BFH/NV 1997, 90	97, 106		
BGH v. 31.7.1996 – III R 137/95 = BFH/NV 1997, 235	97, 228	VG Weimar v. 7.2.1997 – 6 K 1114/96 WE	97, 229
BFH v. 13.8.1996 – II B 73/96 = BFH/NV 1997, 57	97, 78		
BFH v. 23.8.1996 – IV B 123/95 = BFH/NV 1997, 141	97, 102	EuGH v. 12.12.1996 – Rs C-3/95 = EuZW 1997, 53	97, 229
BFH v. 28.8.1996 – VII B 26/95 = BFH/NV 1997, 240	97, 228		
BFH v. 19.9.1996 – XI B 7/96 = BFH/NV 1997, 221	97, 228		
BFH v. 15.10.1996 – IX R 6/95 = BFH/NV 1997, 285	97, 149		
BFH v. 12.11.1996 – III R 13/96 = BFH/NV 1997, 420	97, 255		
BFH v. 13.11.1996 – XR 30/96 = BFH/NV 1997, 253	97, 228		
BFH v. 18.12.1996 – XI B 150 – 152/96 = BFH/NV 1997, 425	97, 279		
BFH v. 30.1.1997 – III B 99/95 = BFH/NV 1997, 385	97, 255		
<hr/>			
FG Baden-Württemberg v. 25.11.1996 – 3 V 37/96 = wistra 1997, 158	97, 256		
FG Berlin v. 23.6.1995 – III 283/92 Revision eingelegt – Az. beim BFH: IV R 36/96	97, 50		
FG Hamburg v. 27.5.1997 – V 117/94, rkr.	97, 276		
FG Münster v. 29.11.1994 – 15 K 3383/89 U	97, 46		
FG Saarland v. 18.12.1996 – 1 K 214/94 = LEXinform 0141692	97, 256		
<hr/>			
AG Hannover v. 24.1.1995 – 503 C 16463/93	97, 171		
AG Mannheim v. 6.11.1996 – AR 366/95 = WPK-Mitt 1997, 69	97, 102		
AG Potsdam v. 15.2.1996 – 22 C 487/95, rkr. = DStR 1996, 1063	97, 50		
<hr/>			
OFD Hannover, Vfg. v. 2.1.1997 – S 0284 – 25 – St H 551 = LEXinform 0138160	97, 158		

## Vorschau auf 12/97

*Fristenkontrolle: Berufungsbegründungsfrist, Organisationsanweisung (BGH);  
Dritthaftung: Testamentserbe, Notarhaftung (BGH); Zurückbehaltungsrecht,  
Schuldbeitritt, Nachbesserung (OLG Düsseldorf); Honoraranspruch des StB:  
Verjährung § 196 I, 15 BGB, Fälligkeit des Buchführungshonorars (OLG Düsseldorf);  
Verjährung des Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG, Belehrungspflicht,  
RA-Mandat (OLG Düsseldorf); Nachbesserung, Frist, Beweislast (LG Darmstadt)*



## **Der Mandatsvertrag.** Die neue CD-ROM aus der Reihe GI

**Die elektronische GI-Gesamtausgabe 1980 – 1997 erschließt Rechtsprechung  
rund um das Thema Mandat und Mandatsvertrag.**  
**Sie zeigt Grenzen und Risiken des Berufsalltags auf, zum Beispiel bei den Themen Beratungsrisiko,  
Haftung, Versicherungsschutz, Honorar, Zurückbehaltungsrecht, Büroorganisation etc.**

**Weitere Informationen finden Sie in dieser Ausgabe.**  
**Bestellungen direkt an GI-Service: Fax-Hotline (0221) 144-51 55**

## **I M P R E S S U M**

**GI – Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende,  
rechts- und steuerberatende Berufe**

**ISSN 1430 – 550 X**

### **Herausgeber:**

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs AG  
Unternehmenskommunikation  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 144-72 98  
Telefax: (02 21) 144-51 27

### **Redaktion:**

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt –  
Fachanwalt für Steuerrecht (verantwortlich),  
Monika Reifferscheid M.A.

### **Erscheinungsweise:**

12 mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

### **Layout und Satz:**

Type Connection, Erfstadt

### **Druck:**

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

### **Bezugsmöglichkeiten:**

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive Mehrwertsteuer  
und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen.  
Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

### **Nachdruck:**

Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung.